

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 27. Sitzung des Bauausschusses findet am

Mittwoch, 16.08.2023, 17:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften über die Sitzungen vom 28.03.2023, 19.04.2023, 24.05.2023 und 14.06.2023
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
- 3.1 Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche
 - Antrag der AfD-Fraktion - Team Dylong
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen (Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)
 Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen
6. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
 hier: Stellungnahme der Stadt Siegen

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften über die Sitzungen vom 28.03.2023, 19.04.2023, 24.05.2023 und 14.06.2023
2. Bauaufsichtliche und planungsrechtliche Angelegenheiten
3. Projektbericht städt. Hochbaumaßnahmen
4. Hallenbad Weidenau - Sachstand
5. Projektbericht städt. Tiefbaumaßnahmen

- 6. Vergabeangelegenheiten
 - 6.1 Siegen - Zu neuen Ufern - Neubau Herrengarten
Landschaftsbauarbeiten
 - 6.2 Rund um den Siegberg
Sanierung der Schloss- und Wehrmauern, BA 6
Nachtrag Fa. Zedler
- 7. Verschiedenes
- 8. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 01.08.2023

Der Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 27. Sitzung des Bauausschusses

vom: **16.08.2023**

von: **17:00 Uhr**

bis: **17:43 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Bauausschuss:

Stv Klein, Marc	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
AM Grund, Annegret	vertritt Lohmeier, Heinz Werner
Stv Heupel, Rüdiger	
AM Krämer, Hartmut	
Stv Mäckeler, Bernd	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Schneider, Rainer	vertritt Grisse, Robert
AM Schneider, Walter	
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schwarzer, Michael	
AM Uhlendorf, Jens	
AM Weber, Daniel	vertritt Reifenrath, Frank
AM Welter, Christian	
AM Yousuf, Himat	

Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike
AM Dr. Münch, Jochen
Stv Steffe, Roland

Als Zuhörer:

AM Schweisfurth, Elke Gisela
Herr Schweisfurth

-als Assistenz für AM Schweisfurth

Von der Verwaltung:

StBR Schumann
VA Kühr
VA Meyer
VA Krippendorf
VA P. Schneider
VA Mockenhaupt

- bis 17.38 Uhr
- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Grisse, Robert
AM Lohmeier, Heinz Werner
Stv Reifenrath, Frank
AM Özcan, Kürsat

vertreten durch Stv Schneider, Rainer
vertreten durch AM Grund, Annegret
vertreten durch AM Weber, Daniel

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 28.03.2023

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

27. BA 16.08.2023

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 19.04.2023

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

27. BA 16.08.2023

1.3 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.05.2023

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

27. BA 16.08.2023

1.4 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.06.2023

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

27. BA 16.08.2023

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

27. BA 16.08.2023

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche - Antrag der AfD-Fraktion - Team Dylong

Vorlage Nr. AT 275/2023

Herr Klein verweist auf die ausführliche Beratung des Antrages im Sport- und Bäderausschuss. Eine Stellungnahme der Verwaltung liege vor und eine eindeutige Beschlussfassung sei erfolgt. Er fragt die antragsstellende Fraktion, ob es ausreichend sei, direkt zur Beschlussfassung zu kommen.

Herr Steffe spricht sich für die Beratung im Bauausschuss aus. Die im Sport- und Bäderausschuss vorgetragenen Argumente seien nach dem Dafürhalten seiner Fraktion nicht stichhaltig.

Der Antrag habe zwei Seiten. Zur Nutzerseite des Freibades habe es seitens des Sport- und Bäderausschusses mehrheitlich eine eindeutige Haltung gegeben. Technisch liege ein unbeplanter Innenbereich nach § 34 BauGB vor. Ab einer bestimmten Anlagengröße sei entsprechendes Planungsbaurecht zu schaffen. Den dafür notwendigen Aufwand einen Bebauungsplan aufzustellen, halte die Verwaltung für nicht verhältnismäßig, so Herr Stadtbaurat Schumann. Wolle man eine Freiflächenanlage erstellen und dafür entsprechende Ressourcen freistellen, sollte man auf die eigene Analyse zurückgreifen, die Flächen identifiziert habe, wo man als Stadt eigene Grundstücke entwickeln könne.

Die Besucherzahlen in den Freibädern seien seit Jahren rückläufig. Mittlerweile komme man lange nicht mehr an die Auslastung, wie sie vor vielen Jahren gewesen sei. Den Rückgang der Besucherzahlen mit „Corona“ zu begründen sei nichtzutreffend. Es gehe hier um die Frage, wie man den hinteren Teilbereich der Fläche sinnvoll nutzen könne. Hier erscheine der Aufbau einer PV/Solarthermie Hybridanlage sinnvoll und der Standort geeignet. Das Argument im Sport- und Bäderausschuss, auf der Wiese werde Fußball gespielt, habe er in der Örtlichkeit nicht feststellen können, die Auslastung zur Nutzung der Freibadwiese sei nicht vorhanden. Durch die Errichtung einer solchen Anlage auf der Freifläche des Freibades Geisweid könne man die Vorteile nutzen, in dem man das Wasser erwärme und in den Wintermonaten die Ertragssituation des Bades verbessere. Im Ranking der Städte, in denen Solaranlagen

erstellt würden, sei Siegen weit unten angesiedelt. Hier müsste noch einiges getan und die Mühen nicht gescheut werden, so Herr Steffe.

Der Einwand, die Besucherzahlen seien rückläufig, sei ihm nicht verständlich. Laut einem Presseartikel des vergangenen Jahres habe man am 22.08.2022 den 45.000. Besucher begrüßt und sei erfreut über die vielen Menschen gewesen, die das Freibad nutzen, so Herr J. Schulz. Ein solch unausgegorener Antrag verwundere ihn. Selbstverständlich müssten Prioritäten gesetzt werden, aber er könne nicht nachvollziehen wie man den Menschen in den Freibädern ihre Freiräume entziehen könne. Hierzu stimme seine Fraktion nicht zu.

Da die gleichen Argumente wie im Sport- und Bäderausschuss ausgetauscht würden und sich die Diskussion des Sport- und Bäderausschusses wiederhole, beantragt Herr Schwarzer zur Geschäftsordnung „Schluss der Debatte“.

Beschluss:

Der Bauausschuss beendet die Aussprache über den Antrag zur Errichtung einer PV/ Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadbrachfläche des Freibades Geisweid. Diese innovative und nachhaltige Lösung wird nicht nur zur Nutzung erneuerbarer Energien und damit zur Kostensenkung beitragen, sondern darüber hinaus die Ertragssituation des Freibades verbessern.

Beratungsergebnis: Einstimmig dagegen, 0 Enthaltungen

27. BA 16.08.2023

4. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

27. BA 16.08.2023

5. Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen (Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021) Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen

Vorlage Nr. VL 1259/2023

Herr Christian begrüßt die Vorlage sowie die Einteilung in Bereiche. Aufgrund einer Beschwerde eines Telekommunikationsunternehmens über den Passus zu den Mobilfunkanla-

gen in Zusammenhang mit der Gestaltungssatzung Eiserfeld fragt er die Verwaltung, ob dieser Passus gestrichen werden könne.

Zur Kombination von PV-/ Solarthermieranlagen werde vorgeschlagen, diese – bis auf den Bereich der Altstadt – überall zu ermöglichen. Die Farbe sollte abgestimmt und einheitlich sein, eine unterschiedliche Dicke oder Größe der Module im Vergleich zu den Solaranlagen dürfte unproblematisch sein.

Der Aufbauwinkel sollte der Dachneigung entsprechen und die Regelung der planebenen Ausrichtung redaktionell in allen Gestaltungssatzungen enthalten sein, so Herr Christian.

Das Grundvorhaben sei zu begrüßen. Bei Streitfällen entscheide die Verwaltung im Einzelfall, was in den geschützten Bereichen auch sinnvoll sei und die Differenzierung bei den Bereichen sei nachvollziehbar, so Herr Cziba. Die Gestaltungssatzungen seien in den Bezirksausschüssen beschlossen worden. Er frage daher, ob und wie nunmehr eine angemessene Beteiligung der Bezirksausschüsse stattfinde.

Herr Welter hofft auf Nachbesserung bei der Anordnung der Photovoltaikanlagen auf dem Dach. Hier werde der geschlossene Block gewünscht. Von der Fernwirkung und von der Schneebrettgefahr sei dieser nicht optimal. Durch eine Streifenanordnung sei eine solche Anlage in der Fernwirkung kaum wahrnehmbar. Eine weniger strenge Formulierung könne zu einer Verbesserung bestimmter Sichtbeziehungen führen. Der Einsatz einer geringeren Anzahl von Modulen gehe zwar zu Lasten der Effektivität, führe aber zu einem verträglichen Stadtbild.

Ganztags vom Haushalt abwesende Personen hätten wenig von Balkonkraftwerken und würden den Break-even-Point nicht erleben. Die hochgerechneten Amortisationszeiträume seien seiner Meinung nach unzutreffend. Diese Marktnische führe zu einer Verschandelung des Dorfbildes. Er stehe der Energiewende nicht im Wege, diese sollte aber planvoll hergeleitet werden. Er regt als Alternative zu den Balkonkraftwerken an darüber nachdenken, die HTS als großes Kraftwerk zu installieren, in dem man diese überdache oder den Schallschutz mit PV- Anlagen ausstatte.

Herr Heupel verweist auf die heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten hinsichtlich der Farbgebung der Module.

Die Regelung, bei Flachdächern nur eine Aufständigung bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zuzulassen, halte er für zu eingrenzend, da dadurch nicht die für die Effektivität notwendige Neigung von ca. 30 % erreichbar sei, so Herr Mäckeler. Er fragt nach der Möglichkeit der Erhöhung des Aufbaus auf 0,60 m, um die Neigung besser zur Sonne ausrichten zu können.

Der für die Bürger von der Bundesregierung geschaffenen Möglichkeit Balkonkraftwerke einzusetzen, wolle man nicht im Wege stehen. Die Wirtschaftlichkeit müsse sich jeder Einzelne selbst ausrechnen. Auch wenn sich einige davon mehr erhofft hätten, könne jeder davon etwas profitieren, notfalls werde der Strom ins Netz eingespeist und trage etwas zur Energiewende bei.

Bei technischer Notwendigkeit sei es auch zulässig, die Anordnung der Module auf den Dächern in Stegen vorzunehmen. Die Anbringung von Wartungsstegen sei durchaus üblich. Es

widerspreche den Richtlinien nicht und sei technisch begründbar, Blöcke in kleinere aufzulösen und dazwischen Stege anzuordnen, so Herr Cziba.

Durch den Antrag sollten stadtweite Regelungen gefunden werden und dieser habe sich nicht konkret auf einzelne Gestaltungssatzungen bezogen, so Herr Stadtbaurat Schumann. Im Rahmen der Kategorisierung sei die Verwaltung auf sensible Bereiche eingegangen. Durch die Beteiligung der Bezirksausschüsse in der Beratungsfolge der Vorlage suggeriere man die Offenheit zur Schaffung einer gesonderten Regelung für einen Bereich der Stadt in einer Gestaltungssatzung. Die Verwaltung wolle die Gleichbehandlung und eine größtmögliche Objektivität, so dass diese Offenheit tatsächlich nicht bestehe.

Herr P. Schneider ergänzt, die Verwaltung stelle die Beteiligung der Bezirksausschüsse durch regelmäßige Informationen sicher. Die inhaltliche und fachliche Beratung erfolge in den Fachausschüssen.

Herr Stadtbaurat Schumann beantwortet die aufgeworfenen Fragen und führt aus, die PV-/Solarthermieanlagen seien heute nicht mehr so relevant und häufig älteren Datums. Heutzutage belege man die wertvollen Dachflächen eher mit PV-Modulen mit einem hohen Wirkungsgrad. Sollte sich dies wieder ändern, müsse darüber im Einzelfall entschieden oder wenn es vermehrt auftrete, wieder im Ausschuss beraten werden. Die Ansicht dieser kombinierten Anlagen hebe sich von den PV-Anlagen ab und habe dadurch einen höheren Störgrad. Eine Einheitlichkeit zu erreichen sei schwierig.

Module in einem geschlossenen Block anzuordnen, sei für jeden eindeutig. Lockere man diese Vorgabe zu sehr auf oder treffe keine Regelung dazu, könne dies zu Negativbeispielen führen, die man seitens der Verwaltung vermeiden wolle.

Mit der Relevanz von Balkonkraftwerken in der Bevölkerung müsse man umgehen. Wenn es einerseits spezielle Förderprogramme dazu gebe, andererseits diese in einer Gestaltungssatzung nicht gewünscht seien, führe dies zu Unverständnis in der Bevölkerung. Auch bei Flachdächern sei eine Aufständigung in einem extremen Winkel von 45 Grad heutzutage technisch nicht mehr erforderlich, so Herr Stadtbaurat Schumann.

Herr P. Schneider ergänzt, die Frage der Dachneigung werde geprüft und gegebenenfalls zur Sitzung des Rates angepasst.

Der Passus zu den Empfangsanlagen sei in der aktuell gültigen Satzung enthalten und sei lediglich zur rechtlichen Klarstellung in der neuen Gestaltungssatzung rezipiert worden. Er schlage in Absprache mit der Bauaufsicht vor, zum Rat eine Ergänzungsvorlage zu erstellen, um den kritischen Satz bei Anlagen, die der öffentlichen Versorgung dienen, umzuformulieren oder für diese eine Ausnahme zu definieren. Er gehe aber davon aus, dass wenn ein entsprechender Antrag gekommen wäre, man im Rahmen einer Abweichung eine Regelung hätten finden können.

Herrn Christian stört die Einzelfallregelung bei den kombinierten Anlagen. Man sollte die kombinierten Anlagen ermöglichen, jedoch mit einer einheitlichen Oberflächengestaltung. Sollte dies farblich nicht möglich sein, gebe es zumindest das Angebot. Die Entwicklung in diesem Zusammenhang sei derzeit nicht absehbar.

Balkonkraftwerke seien eher Anlagen für Mieter. Würde man diese Anlagen nicht zulassen, würde man diese gesamte Bevölkerungsgruppe ausschließen. Vor diesem Hintergrund sollten diese Art von Anlagen zugelassen sein, so Herr Uhlendorf.

Herr Steffe ergänzt zur Anmerkung von Herrn Uhlendorf, die Bundesregierung wolle den Ausbau von Solaranlagen vorantreiben und sehe Erleichterungen für Balkonkraftwerke vor. Es stoße auf sein Unverständnis, dass wenn man diese fördern wolle, die Umsetzung aber in Frage stelle.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung folgender Gestaltungssatzungen gemäß Anlage 1: „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wensch“, „Obere Wensch“ sowie „Vordere Wensch“, „Innenstadt“.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Vot)

27. BA 16.08.2023

6. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien hier: Stellungnahme der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 1463/2023

Es sei nachvollziehbar, dass ein rechtsunsicherer Raum entstehe, wenn die Landesgesetzgebung „vorpresche“, der Bund nicht nachziehe und aus Sicht der Kommunen die Beteiligungsverfahren fehlerhaft seien. Aufgrund daraus resultierender Klagen komme dies den meisten Vorhaben nicht zu Gute, so Herr Cziba. Man könne nur hoffen, dass sich die Bundes- und Landespolitik frühzeitig abstimme und die Bezirksregierung eventuell fehlerhafte Pläne korrigiere. Die wesentlichen Stellungnahmen der Verwaltung seien nachvollziehbar.

Herr Mäckeler fragt nach dem notwendigen Zeitrahmen aufgrund der in der Vorlage auf Seite 6 aufgezählten Forderung.

Frau Krippendorf antwortet, derzeit scheine es so, dass der Zeitplan noch einmal straffer skizziert werde. Wie dies funktionieren solle sei zu hinterfragen, da einerseits das komplexe Thema der Windenergie und andererseits zeitgleich für den Regionalplan das Thema Wohnbauland abgearbeitet sein müsse. Die Zeitplanung im LEP durch einen Grundsatz festzulegen, halte man für ein Zeichen, welches die Schwierigkeit der Änderung der Landesentwicklungsplanung hervorhebe. Dass der Forderung nach längerer Zeit entsprochen werde, davon könne man nicht ausgehen. Eigentlich sei die Datengrundlage für die LANUV- Studie nicht verbindlich.

Mit dem Regionalplan werde Planungsrecht geschaffen und diese Flächen würden dann nach § 35 (1) BauGB privilegiert zur Bebauung freigegeben. Daher müsste der Abschichtungsprozess viel exakter und zielgerichteter sein, aber dies müsse die Landesregierung verantworten.

2018/19 habe man als Verwaltung im Rahmen der Beteiligung in Zusammenhang mit dem fehlerhaften Darstellen und Eintragen der Abstände in Oberschelden eine Stellungnahme abgegeben, weil auf Seiten der Bezirksregierung von unterschiedlichen Grundsätzen ausgegangen worden sei. Diese Darstellung sei im derzeitigen Entwurf noch enthalten und würde mit der Übergangsregelung verbindlich. Für den Bereich der Stadt Siegen habe die Bezirksregierung in einem Gespräch festgestellt, dass ausreichend Flächen zur Verfügung stehen und die Bezirksregierung die 1000 m als Abstand zu den Innenbereichswohnlagen definieren könne. Dadurch gehe sie perspektivisch für das Stadtgebiet von keinem Problem aus. Auf Kreisebene sehe dies anders aus, so Frau Krippendorf.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. BA 16.08.2023

gez. Klein
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	AfD- Fraktion – Team Dylong
Eingang	19.07.2023
Federführend	GB 4/ Abt. 4/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Sport- und Bäderausschuss 09.08.2023

Bauausschuss 16.08.2023

Rat 06.09.2023

Betreff:

**Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche
- Antrag der AfD-Fraktion - Team Dylong**

im Rat der Stadt Siegen

AfS-Fraktion • Schanzenweg 35• 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
19. Juli 2023	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

44/4

Ø 215

Siegen, 18. Juli 2023

Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Vorbesprechung in der Sitzung des Sport- und Bäderausschusses am Rates 09.08.2023, des Bauausschusses am 16.08.2023 und des Rates am 06.09.2023

Betreff: Antrag zur Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadbrachfläche

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Herren Ausschussvorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

auf diesem Wege bitten wir Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der beiden Ausschüsse und des Rates der Stadt Siegen am 06.09.23 zu setzen.

Der Rat beschließt:

1) Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadbrachfläche des Freibades Geisweid. Diese innovative und nachhaltige Lösung wird nicht nur zur Nutzung erneuerbarer Energien und damit zur Kostensenkung beitragen, sondern darüber hinaus die Ertragssituation des Freibades verbessern.

Begründung:

Leider sind die Besucherzahlen der Freibäder der Stadt Siegen in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen. Besucherzahlen, wie noch in den 70er oder 80er Jahren

sind in weiter Ferne. Etwa max. 50 Tsd. Besucher besuchen das Freibad Geisweid im Jahr.

Selbst an sehr warmen Sommertagen ist das Freibad und die zugehörigen Liegewiesen nicht mehr voll belegt.

Die Nutzung des Freibades findet in den Sommermonaten von Mai bis Anfang September, also für ca. 4 Monate statt.

Damit bleiben die angebotenen Freiflächen den Großteil des Jahres völlig ungenutzt und werden selbst an heißen Tagen nicht genutzt.

Letztlich handelt es sich um Brachflächen.

Im hinteren Teil des Freibades Geisweid ist eine solche ungenutzte „Liege- oder Spielwiese“ vorhanden. Diese Brachflächen könnten einer sinnvolleren wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Die PV/Solarthermie Hybridanlage kombiniert die Vorteile von Photovoltaik- und Solarthermie-Technologien, um sowohl elektrische Energie als auch Wärmeenergie zu erzeugen. Die Brachfläche des Freibades bietet eine ideale Umgebung für die Installation einer solchen Anlage, da sie über ausreichend Platz und eine optimale Ausrichtung verfügt, um die Sonnenenergie effizient zu nutzen.

Vorteile der PV/Solarthermie Hybridanlage:

1. Erzeugung von sauberer Energie: Die Hybridanlage wird dazu beitragen, den örtlichen Energiebedarf durch die Nutzung erneuerbarer Energien zu decken. Dadurch werden die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziert und die CO₂-Emissionen gesenkt.
2. Kosteneinsparungen: Durch die Produktion von sowohl elektrischer Energie als auch Wärmeenergie wird die Hybridanlage dazu beitragen, die Energiekosten des Freibades zu senken. Die erzeugte Elektrizität kann für den Eigenverbrauch genutzt oder in das lokale Stromnetz eingespeist werden. bei Einspeisung in das lokale Stromnetz können auch im Herbst / Winter/ Frühjahr Erträge erzielt werden.
3. Nutzung der Abwärme: Die Solarthermiekomponente der Anlage kann die erzeugte Wärmeenergie nutzen, um die vorhandene Anlage zu unterstützen, und damit die Energieeffizienz erhöhen. Dadurch kann der Energieverbrauch des Freibades weiter reduziert werden.
4. Gemeinschaftsnutzen: Die Installation einer solchen Anlage wird ein positives Beispiel für erneuerbare Energien in der Gemeinde setzen. Es wird Interessierten ermöglicht, die Anlage zu besichtigen und das Bewusstsein für den Umweltschutz zu stärken.

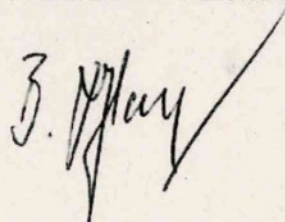
im Rat der Stadt Siegen

Die Finanzierung für die Errichtung der PV/Solarthermie Hybridanlage könnte durch eine Kombination aus öffentlichen Mitteln, Förderprogrammen, Partnerschaften mit privaten Unternehmen und möglicherweise Crowdfunding über den Förderverein erfolgen. Die genaue Finanzierungsstruktur müsste weiter ausgearbeitet werden, um die beste Lösung für unsere Gemeinde zu finden.

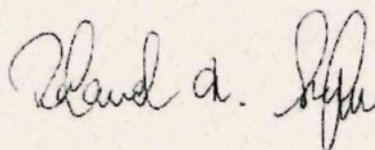
Zur Umsetzung des Projekts schlage ich vor, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die aus Vertretern der Gemeindeverwaltung, Experten für erneuerbare Energien und anderen relevanten Interessengruppen besteht. Diese Arbeitsgruppe sollte eine detaillierte Machbarkeitsstudie durchführen, mögliche weitere Standorte analysieren, Finanzierungsoptionen prüfen und einen Zeitplan für die Umsetzung erstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende



Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender



VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Emken, Herrn Schneider

Siegen, 11.07.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	16.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen
(Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)
Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung folgender Gestaltungssatzungen gemäß Anlage 1: „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wenscht“, „Obere Wenscht“ sowie „Vordere Wenscht“, „Innenstadt“.

Sachverhalt / Begründung:

Im April 2022 wurden, bezugnehmend auf den Antrag von CDU/SPD im Rat vom 27.10.2021, dem Bauausschuss die Regelungen der sieben städtischen Gestaltungssatzungen¹ hinsichtlich solartechnischer Anlagen dargelegt (vgl. Vorlage 872/2022). Hierbei wurde ersichtlich, dass teilweise einschränkende Vorgaben bestehen oder insbesondere bei älteren Satzungen gar keine diesbezüglichen gestalterischen Vorgaben vorhanden sind. Es wurde daher seitens der Verwaltung empfohlen, für alle Satzungen standardisierte gestalterische Regelungen zu formulieren, um diese „Lücke“ zu schließen. Gerade für solartechnische Anlagen auf Nebengebäuden oder Balkonen, die aktuell sehr nachgefragt werden, besteht Handlungsbedarf.

¹ „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wenscht“, „Obere Wenscht“, „Vordere Wenscht“, „Innenstadt“.

Dieser ist spezifisch festzulegen, um die Möglichkeit der Energiegewinnung nur insoweit einzuschränken, als dass es in Bezug auf die Gestaltung des jeweiligen Quartiers geboten ist. Bei der Ausarbeitung der Inhalte zeigte sich, dass aufgrund unterschiedlicher Anforderungen der Satzungen eine differenzierte Betrachtung erforderlich ist. Dies soll auch im Hinblick der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) Rechtssicherheit im Umgang mit Regelung zu solartechnischen Anlagen in Gestaltungssatzungen schaffen. Daher wurden anhand des jeweiligen Schutzzweckes und -grades der einzelnen Satzungen drei Kategorien für die zu regulierenden Inhalte herausgearbeitet: Einfache, erhöhte und strenge Anforderungen (siehe Anlage 2).

Einfache Anforderungen	Erhöhte Anforderungen	Strenge Anforderungen
<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (ohne Teilbereiche) • Langenholdinghausen • Waldenburger Weg 	<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (Teilbereich: A, B, C, E) • Eiserfeld Ortsmitte • Wenscht (Hintere, Obere, Vordere) 	<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (Teilbereich: D „Altstadt“)

Übersicht der Anforderungen der einzelnen Gestaltungssatzungen

Bedingt durch den technischen Fortschritt und die steigende Nachfrage werden aktuell und zukünftig zu der „üblichen“ Gestaltung von Dächern mit solartechnischen Anlagen weitere regulierungswürdige Inhalte, wie die Anbringung dieser Anlagen auf Garagen, Fassaden und Balkonen, relevant. So sollen für insgesamt sechs Bauteile/Elemente gestalterische Regelungen vorgesehen werden:

- Dach/Dachaufbauten
- Nebengebäuden/-anlagen (u.a. Garagen und Carports)
- Balkone
- Fassaden
- außenstehende Nutzbereiche (u.a. Überdachungen)
- Einfriedungen/Zäune

Das Ziel dieser Regulierung ist, zum einen Klarheit für die Anbringung von solartechnischen Anlagen innerhalb von Gestaltungssatzungen zu schaffen und zum anderen ein stadtbildverträgliches Einfügen dieser Anlagen in (besonders) schutzwürdigen Bereichen zu ermöglichen. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die einzelnen Inhalte, die das gestalterisch Notwendige regeln und gleichwohl eine umsetzungsfähige und nach hiesiger Einschätzung wirtschaftliche Installation von solartechnischen Anlagen ermöglichen. Zusätzlich zu den konkreten Satzungsinhalten wird ein Handout erstellt, in dem die wesentlichen Regelungen graphisch aufbereitet werden (siehe Anlage 3). Die relevanten Inhalte der geplanten Regulierungen wurden bereits am 30.03.2023 im Arbeitskreis Stadtentwicklung vorgestellt, diskutiert und Fragen aufgeklärt. Insgesamt wurde der Vorschlag der Verwaltung bestätigt. Eine verwaltungsinterne Nachjustierung erfolgte bezüglich der Kombination von Solaranlagen und Photovoltaikanlagen, die in den Gebieten mit erhöhten Anforderungen und strengen Anforderungen grundsätzlich nicht zulässig sein sollen und lediglich als Ausnahme im Rahmen einer Einzelfallprüfung ermöglicht werden können.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Errichtung von solartechnischen Anlagen leistet durch die Stromerzeugung einen erheblichen Beitrag zur CO ² -Reduktion. Durch die Anpassung wird die solartechnische Nutzung in den Vordergrund gestellt und eine Errichtung gefördert.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i.A.

gez.

Henrik Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Satzungstexte der Gestaltungssatzung](#)
2. [Übersicht über die Regelungen für solartechnische Anlagen](#)
3. [Handout Regelungen für solartechnische Anlagen](#)

Gestaltungssatzung „Langenholdinghausen“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Der räumliche und sachliche Geltungsbereich dieser Änderung ist identisch mit den Geltungsbereichen der o.g. Gestaltungssatzung.

§ 2 Inhalt

Diese Anpassungen werden in der Gestaltungssatzung vorgenommen:

Folgende Regelung wird in die Satzung aufgenommen:

§ 6a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Folgende Regelungen beziehen sich auf die Geltungsbereiche I und II der Gestaltungssatzung:

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Waldenburger Weg“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

Folgende Regelung wird in die Satzung aufgenommen:

§ 5a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständigung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m

nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständering ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständeringen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständeringen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständeringen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Ortsmitte Eiserfeld“

2. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 8 der Gestaltungssatzung wird aufgehoben bzw. durch folgende Regelung ersetzt:

§ 8 Sende- und Empfangsanlagen, technische Anlagen

Empfangsanlagen für Fernseh- und Rundfunkempfang sind, wenn dies den Empfang nicht beeinträchtigt, auf der straßenabgewandten Seite des Gebäudes unterhalb des Firstes oder an der Fassade anzubringen. Antennenanlagen für Mobilfunk, Mobiltelefon und andere drahtlose Medien sind, wenn dies den Empfang nicht beeinträchtigt, auf der straßenabgewandten Seite des Gebäudes unterhalb des Firstes oder an der Fassade anzubringen. Sende- und Empfangsanlagen, gleich welcher Art, sind oberhalb der Firstlinie des Gebäudes sowie auf Flachdächern generell unzulässig.

Die Gestaltungssatzung wird durch folgende Regelung ergänzt:

§ 8a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Hinteres Wensch“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortsgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

§ 4a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupterschließungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Oberes Wensch“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortsgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

§ 4a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupterschließungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Vorderes Wensch“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Der räumliche und sachliche Geltungsbereich dieser Änderung ist identisch mit den Geltungsbereichen der o.g. Gestaltungssatzungen.

§ 2 Inhalt

Die Anpassungen werden in den Gestaltungssatzungen vorgenommen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortsgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

§ 4a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Innenstadt“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 10 Abs. 4 - Abs. 6 der Gestaltungssatzung werden aufgehoben und folgende Regelungen eingefügt:

§ 10 Sonnenkollektoren, Photovoltaikanlagen und technische Anlagen

Abs. 4

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Die Module sind in ihrem Format (Modulgröße) einheitlich und in der Ausrichtung geordnet, d.h. unter- bzw. nebeneinander, auszuführen. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Zusätzlich: Bei Neueindeckungen von Dachflächen und gleichzeitiger Installation von solartechnischen Anlagen sind ausnahmsweise Kunstschiefer oder flache bzw. gering profilierte Dachsteine bzw. Tonziegel zulässig. Dies gilt nur, wenn die solartechnische Anlage mindestens 50 % der von der Installation betroffenen Dachfläche überdeckt.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für die Teilbereiche A, B, C und E“ und zusätzlich: Im Denkmalsbereich „Altstadt“ ist bei der Anbringung von solartechnischen Anlagen eine Einzelfallprüfung nach denkmalrechtlichen Anforderungen erforderlich.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geeigneten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche“.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ sowie ergänzend: Solartechnische Anlagen auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

c) Balkone

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ sowie abweichend und ergänzend: Solartechnische Anlagen an Balkonen können unter Berücksichtigung von schwarzen oder anthrazit-farbenen Modulen sowie Rahmen ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständigung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ und ergänzend: Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständigungen sind unzulässig.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ und abweichend: Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

Für den Teilbereich D:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Übersicht über die Regelungen für solartechnische Anlagen¹ im Geltungsbereich von Gestaltungssatzungen²

Einfache Anforderungen	Erhöhte Anforderungen	Strenge Anforderungen
<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (ohne Teilbereiche) • Langenholdinghausen • Waldenburger Weg 	<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E) • Eiserfeld Ortsmitte • Wensch (Hintere, Obere, Vordere) 	<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)
Dachflächen		
<ul style="list-style-type: none"> • Auf dem Haupt + Nebendach + Dachaufbauten (Gauben) • Einheitliches Format, Ausrichtung und Neigungswinkel an der jeweiligen Dachfläche • Bei Kombination von PV+ST aufeinander abgestimmte Anordnung und Format • Aufständigung unzulässig. Bei Flach- und Pultdächern zulässig (Anforderung wie bei Nebengebäuden) • matt, entspiegelt • einheitliche Module in schwarz/anthrazit • Keine Überschreitung der Dachflächen • Geschlossene Panelreihung („Keine Lücken“) • Abweichung aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten im Einzelfall möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ abweichend • Auf dem Haupt- oder Nebendach, ausnahmsweise auf Schlepp-Gauben • Grundsätzlich geschlossene, rechteckig angeordnete Modulflächen, keine Auskragung einzelner Module (kein Versatz / Versprung der Module) • Einheitliche Module und Rahmen in schwarz/anthrazit • Kombination von PV+ST als Ausnahme zulässig → Einzelfallprüfung ergänzend • GS Innenstadt: Bei Neueindeckung, v.a. bei Schieferdächern; Kompensation mit flachen Dachsteinen möglich, wenn mind. 50 % der betroffenen Dachfläche überdeckt wird 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“ ergänzend • Im Denkmalsbereich (Altstadt) ist eine Einzelfallprüfung erforderlich

¹ Photovoltaik und Solarthermie

² Diese Übersicht gibt nur die wesentlichen Inhalte der Regelungen wieder. Es gelten die Regelungen in den einzelnen Gestaltungssatzungen.

Dachflächen auf Nebengebäuden und -anlagen

<ul style="list-style-type: none"> • Bei Flachdächern „liegende“ Ausführung • Bei geneigten Dächern Vorgaben für Dachflächen zu beachten • Sichtbare Aufbauhöhe von ca. 0,40 m • Max. Neigung = 20° • 0,30 m Abstand zur Außenkanten • Abweichungen nur aufgrund technisch bedingter Anforderungen und wenn Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung
---	--	--

Balkone

<ul style="list-style-type: none"> • „Plane“ Ausführung (direkt am Balkon oder an Halterung) • Neigung bis 5° zulässig • Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) • aufeinander abgestimmte Gliederung • Keine Kompensation von Dachflächen-PV • Module einheitlich + schwarz, anthrazit • max. Modulhöhe = Brüstungshöhe • Keine Überschreitung der prägenden Bauelemente (v.a. Bodenplatte) 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ abweichend • Rahmen und Module einheitlich + schwarz, anthrazit ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“
---	--	---

Fassaden		
<ul style="list-style-type: none"> • Auf Haupt- und Nebengebäude • „Plane“ Ausführung (direkt an der Fassade oder an Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel) • Einheitliches Format und Ausrichtung (senk- oder waagrecht aufeinander abgestimmte Bahnen) • Geschlossene aufeinander abgestimmte Gliederung • Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) • Abstand von Außenkante der Fassade, Traufe, Ortgang, Öffnungen (Fenster, Türen) mind. 0,20 m 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“
Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen		
<ul style="list-style-type: none"> • Plane Ausführung • Einheitliches Format und Ausrichtung • Keine Aufständerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“
Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen		
<ul style="list-style-type: none"> • Plane Ausführung • Einheitliches Format und Ausrichtung • Module nur innerhalb der Einfriedung • Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Unzulässig 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“

Handout

Regulierungen von solartechnischen Anlagen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

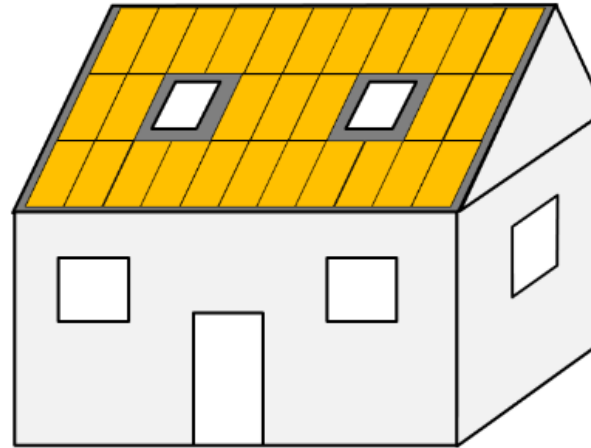
Die folgenden skizzenhaften Darstellungen dienen lediglich als Hilfsmittel zur Veranschaulichung der Regelungen der städtischen Gestaltungssatzungen über die Anbringung von solartechnischen Anlagen. Grundsätzlich gelten die konkreten Festsetzungen in der jeweiligen Satzung.

Dachflächen

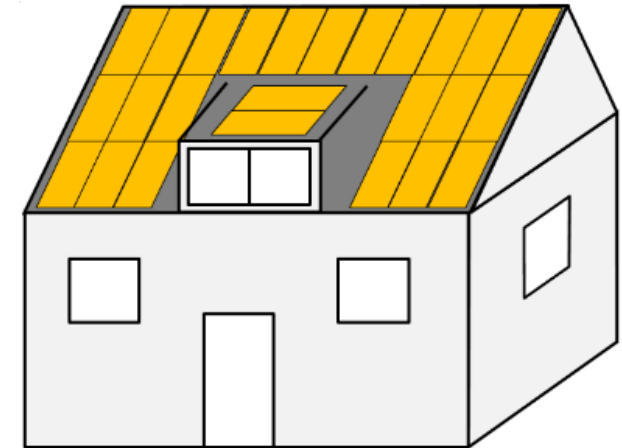
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)

- Auf dem Haupt- + Nebendach + Dachaufbauten (Gauben)
- Einheitliches Format, Ausrichtung und Neigungswinkel an der jeweiligen Dachfläche
- Bei Kombination von PV+ST aufeinander abgestimmte Anordnung und Format
- Aufständerung unzulässig. Bei Flach- und Pultdächern zulässig (Anforderung wie bei Nebengebäuden)
- matt, entspiegelt
- einheitliche Module in schwarz/anthrazit
- Keine Überschreitung der Dachflächen
- Geschlossene Panelreihung („Keine Lücken“)
- Abweichung aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten im Einzelfall möglich

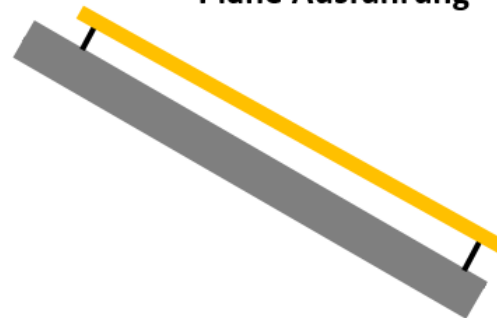
• Langenholdinghausen

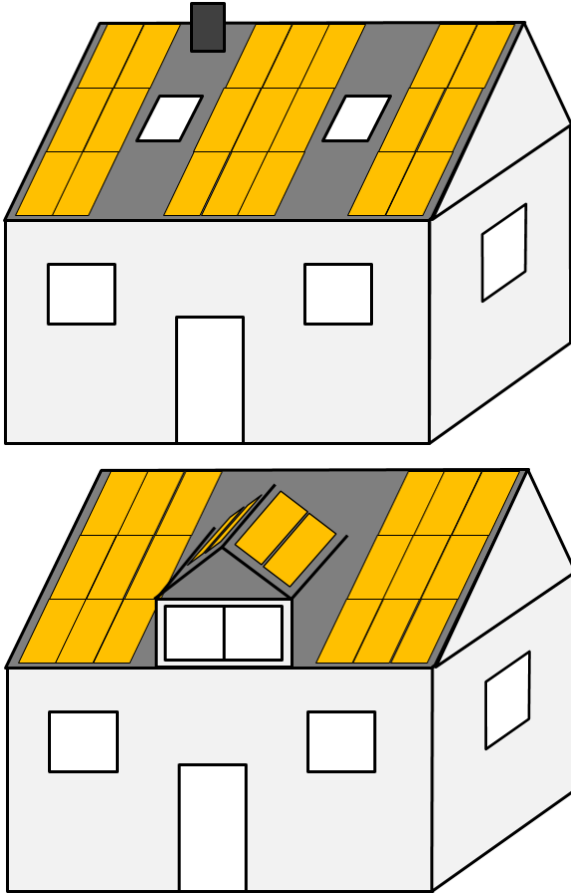
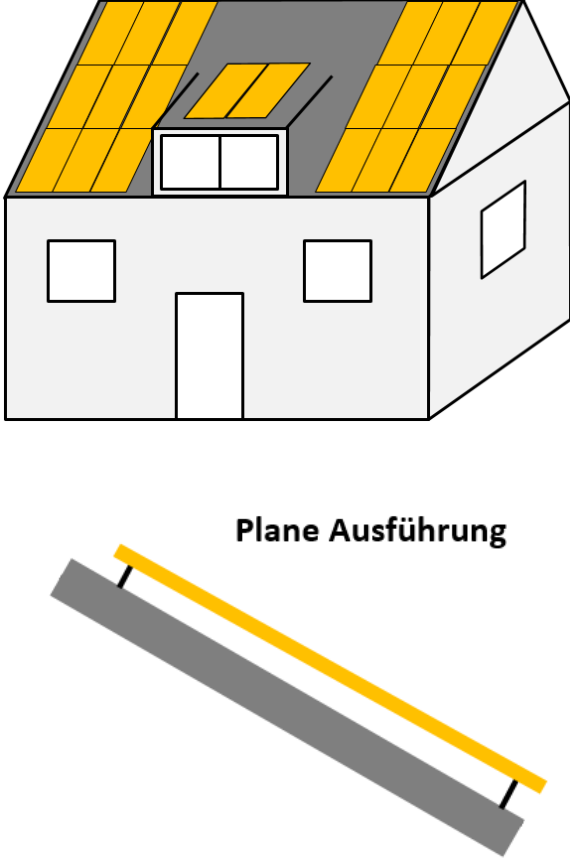


• Waldenburger Weg



Plane Ausführung

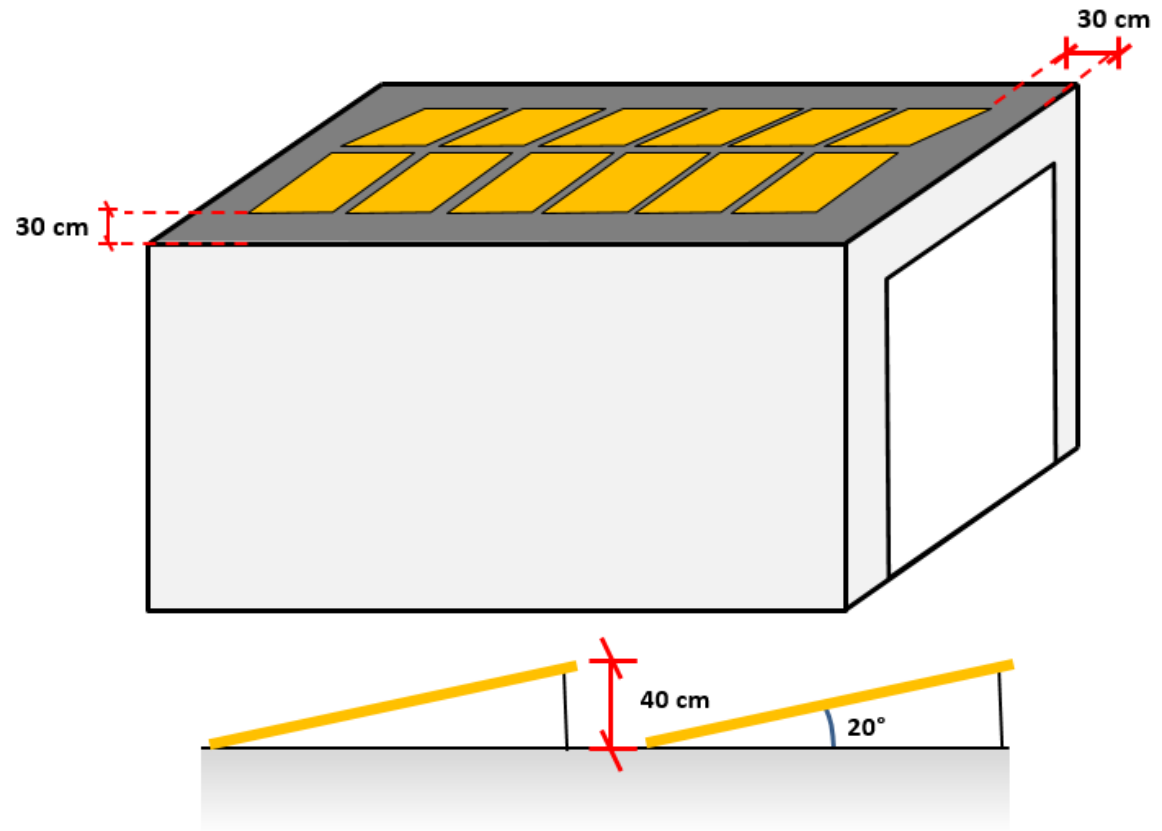


• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
<ul style="list-style-type: none"> Wie „Einfache Anforderungen“ abweichend Auf dem Haupt- oder Nebendach, ausnahmsweise auf Schlepp-Gauben Grundsätzlich geschlossene, rechteckig angeordnete Modulflächen, keine Auskrugung einzelner Module (kein Versatz / Versprung der Module) Einheitliche Module und Rahmen in schwarz/anthrazit Kombination von PV+ST als Ausnahme zulässig → Einzelfallprüfung ergänzend GS Innenstadt: Bei Neueindeckung, v.a. bei Schieferdächern; Kompensation mit flachen Dachsteinen möglich, wenn mind. 50 % der betroffenen Dachfläche überdeckt wird 		 <p>Plane Ausführung</p>
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> Wie „Erhöhte Anforderungen“ ergänzend Im Denkmalbereich (Altstadt) ist eine Einzelfallprüfung erforderlich 		

Dachflächen auf Nebengebäuden und -anlagen

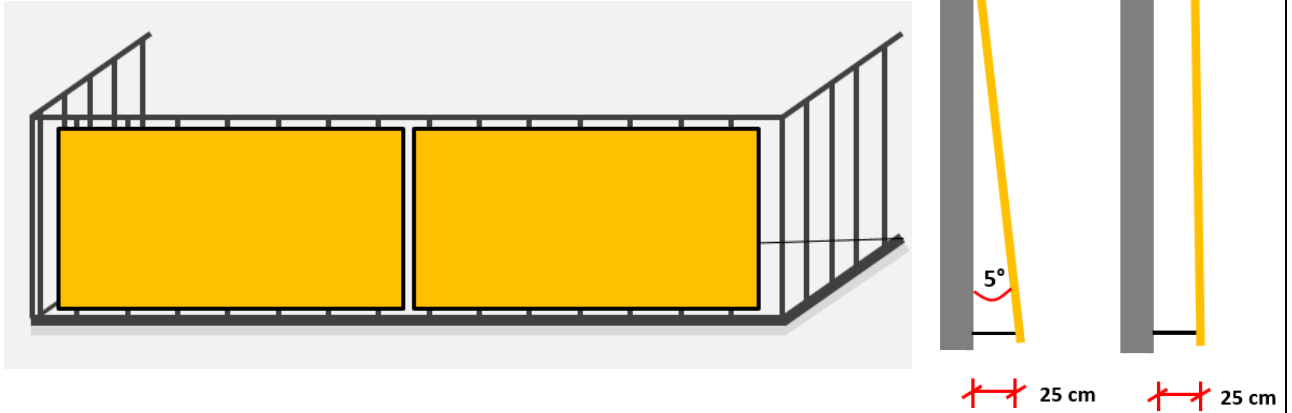
- | | | |
|---|--|---|
| • Innenstadt (ohne Teilbereiche) | • Langenholdinghausen | • Waldenburger Weg |
| • Eiserfeld Ortsmitte | • Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E) | • Wensch (Hintere, Obere, Vordere) |

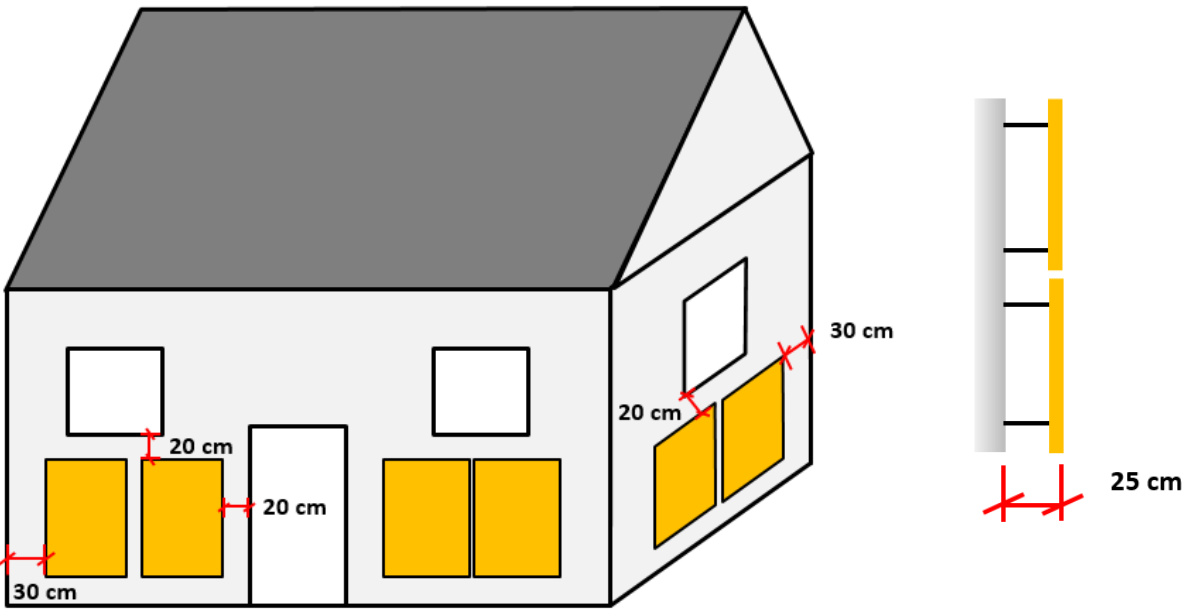
- Bei Flachdächern „liegende“ Ausführung
- Bei geneigten Dächern Vorgaben für Dachflächen zu beachten
- Sichtbare Aufbauhöhe von ca. 0,40 m
- Max. Neigung = 20°
- 0,30 m Abstand zur Außenkanten
- Abweichungen nur aufgrund technisch bedingter Anforderungen und wenn Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird



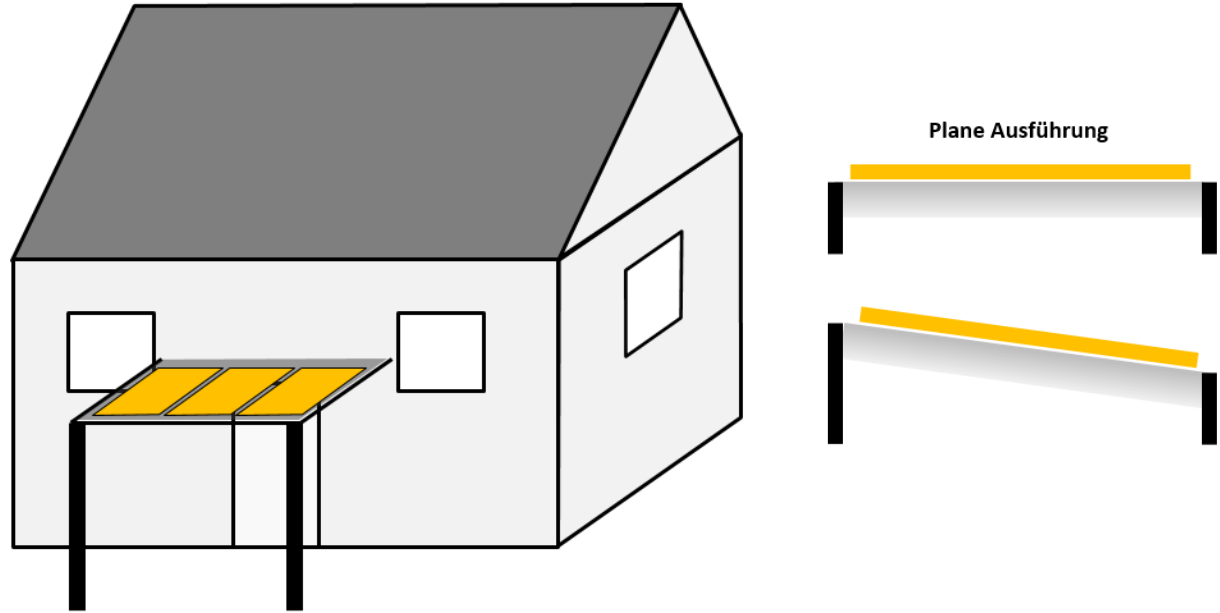
• **Innenstadt** (Teilbereich D „Altstadt“)

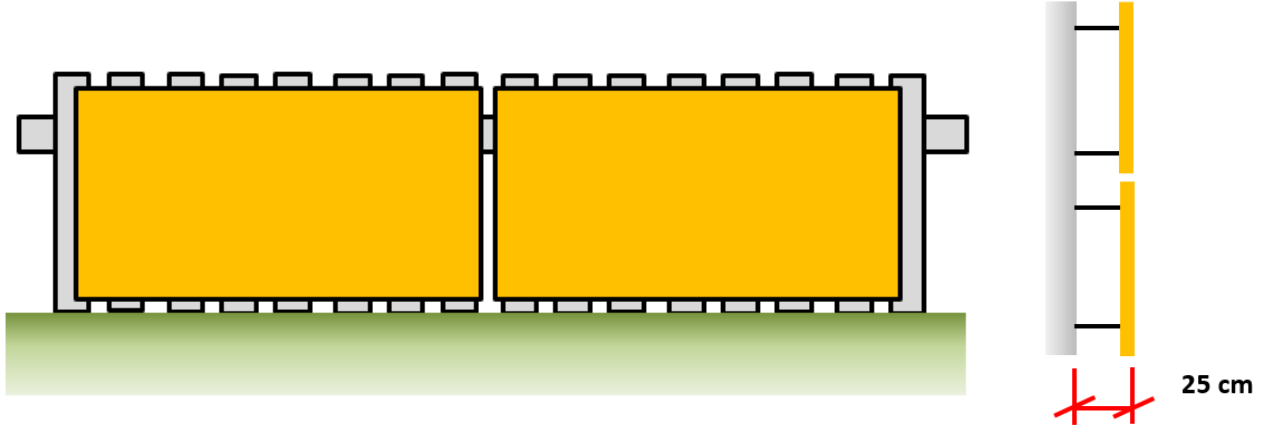
- Wie „Einfache Anforderungen“
ergänzend
- Als Ausnahme (kann zugelassen werden)
→ Einzelfallprüfung

Balkone		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> • „Plane“ Ausführung (direkt am Balkon oder an Halterung) • Neigung bis 5° zulässig • Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) • aufeinander abgestimmte Gliederung • Keine Kompensation von Dachflächen-PV • Module einheitlich + schwarz, anthrazit • max. Modulhöhe = Brüstungshöhe • Keine Überschreitung der prägenden Bauelemente (v.a. Bodenplatte) 		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ • abweichend • Rahmen und Module einheitlich + schwarz, anthrazit • ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 		

Fassaden		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> Auf Haupt- und Nebengebäude „Plane“ Ausführung (direkt an der Fassade oder an Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel) Einheitliches Format und Ausrichtung (senk- oder waagrecht aufeinander abgestimmte Bahnen) Geschlossene aufeinander abgestimmte Gliederung Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) Abstand von Außenkante der Fassade, Traufe, Ortgang, Öffnungen (Fenster, Türen) mind. 0,20 m 		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 		

Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

• Innenstadt (ohne Teilbereiche)		• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none">• Plane Ausführung• Einheitliches Format und Ausrichtung• Keine Aufständering			
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)	
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)			
<ul style="list-style-type: none">• Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend• Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung			

Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> • Plane Ausführung • Einheitliches Format und Ausrichtung • Module nur innerhalb der Einfriedung • Max. Tiefe 0,25 m (Halte- bzw. Aufständerung) 		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
• Unzulässig		

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 21.07.2023

Bereich: Stadtentwicklung

Bearbeitet von: Herr Daschke, Frau Krippendorf, Herr Meier

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	16.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	24.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
hier: Stellungnahme der Stadt Siegen**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Die Verwaltung hat mit Vorlage 1438/2023 informiert, dass die Landesregierung am 02.06.2023 den Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) beschlossen und das Beteiligungsverfahren bekannt gemacht hat.

Der Beteiligungszeitraum wurde zwischenzeitlich neu bekanntgemacht. Die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen haben während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs vom 23. Juni 2023 bis zum 28. Juli 2023 die Möglichkeit, Stellungnahmen in das Verfahren einzubringen.

Der Antrag auf eine Fristverlängerung, die eine Beratung in den politischen Gremien ermöglicht hätte, wurde durch das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen am 03.07.2023 abgelehnt.

Die Stellungnahme wurde am 21.07.2023 an das zuständige Ministerium verschickt und den im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen per Mail zur Kenntnis gegeben.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. A.

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Stellungnahme der Stadt Siegen zum LEP-Entwurf EE](#)

Stadt Siegen • Postfach 10 03 52 • 57003 Siegen

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz
und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

per E-Mail an landesentwicklungsplan@mwike.nrw.de

Rathaus Geisweid

Lindenplatz 7
57078 Siegen

AG 4-5/1 Stadtentwicklung

Auskunft Herr Meier

Zimmer 127

Telefon 0271 404-3283

Telefax 0271 40436-3283

Zeichen VM

E-Mail v.meier@siegen.de

Internet www.siegen.de

Siegen, 14.07.2023

Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan NRW Stellungnahme der Stadt Siegen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen nimmt zum Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplanes – Erneuerbare Energien wie folgt Stellung:

A. Allgemein

Die Stadt Siegen begrüßt den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es ist klar, dass dies auch bedeutet, dass innerhalb des Stadtgebietes Flächen dafür zur Verfügung stehen müssen.

Die Stellungnahme setzt sich formal und sachlich mit der Änderung des Landesentwicklungsplanes und den Grundlagen vor dem Hintergrund der Rechtssicherheit auseinander. Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen und den damit verbundenen Rechtsfolgen zum Stichtag **31.12.2027** ist eine Umsetzung, die einer gerichtlichen Überprüfung standhält, zwingend erforderlich.

Sowohl rechtlich als auch inhaltlich sind hier Aspekte zu benennen, die diese Anforderung nicht erfüllen und Konsequenzen für sämtliche Kommunen bedeuten können.

Die Anforderungen durch die Rechtsprechung an die Flächennutzungsplanung einschließlich der Datengrundlagen zur Darstellung von Windkraftkonzentrationszonen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB (Ausschlusswirkung) sind sehr hoch, da darüber konkretes Baurecht begründet wird. Dies wird zukünftig durch die Ausweisung von Windenergiebereichen im Regionalplan gemäß dem Landesentwicklungsplan ebenfalls mit Ausschlusswirkung begründet. Es ist zu erwarten, dass die Rechtsprechung hier ähnliche Maßstäbe verlangt.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass die Landesregierung NRW dieser Verantwortung gerecht wird.**



Sprechzeiten

Montag bis Freitag
Dienstag
Donnerstag
keine Sprechzeit

08.30 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
14.00 - 18.00 Uhr

Busverbindung

Linie R 10, R 51, C 130

Haltestelle

Haltestelle Geisweid Rathaus

Parkmöglichkeit

Parkhaus

B. Abhängigkeiten von noch nicht in Kraft getretenen Bundesgesetzen / Erlass „Ziele in Aufstellung“

Das Raumordnungsgesetz (ROG) wurde im ersten Quartal 2023 geändert. Die Änderung soll zum 28. September 2023 in Kraft treten. Durch die Änderung des Raumordnungsgesetzes in § 3 Abs. 4a werden bereits in Aufstellung befindliche Ziele, also der Stand zu Beginn des Beteiligungsverfahrens, maßgeblich. Dies stellt u. a. die rechtliche Grundlage für Ziel 10.2-13, aber auch für den Erlass „Ziele in Aufstellung“ dar.

Laut Gesetzesbegründung handelt es sich hinsichtlich der in Aufstellung befindlichen Ziele um eine Klarstellung. Ob diese Einschätzung zutrifft, müsste einer rechtlichen Überprüfung unterzogen werden. Wäre diese Einschätzung jedoch korrekt, sind in Aufstellung befindliche Ziele schon immer maßgebend, auch wenn die Bezirksregierung Arnsberg dies bisher anders angewendet hat.

Es ist unklar, warum dies für die Ziele des LEP-Entwurfes und angekündigt für die Übergangsregelung in **Ziel 10.2-13** zusätzlich durch einen Erlass geregelt werden muss. Es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, dass Landesregierungen per Erlass Bundesgesetze steuern und regeln, wann in Aufstellung befindliche Ziele maßgebend sind und wann nicht.

Das Raumordnungsgesetz sieht zudem vor, dass für diese in Aufstellung befindlichen Ziele die Beteiligung vollständig durchgeführt sein muss. Es überrascht, dass für die Übergangsregelung bereits eine Karte auf der Internetseite des Ministeriums (MWIKE) veröffentlicht wurde, die diese Anforderung nachweislich nicht erfüllt. Die Gesetzesbegründung zur Änderung des ROG (ROGÄndG) führt dazu eindeutig aus:

„Wenn die planaufstellende Stelle den Planentwurf nach der (ersten) Beteiligung in geänderter oder ergänzter Fassung in die erneute Beteiligung gibt, ist die Voraussetzung der vollständigen Durchführung des Beteiligungsverfahrens insoweit noch nicht erfüllt. Soweit aber bestimmte Teile des Planentwurfs nicht Gegenstand der erneuten Beteiligung sind, sondern in der Fassung aus der vorausgehenden Beteiligungsrunde weitergeführt werden, ist insoweit § 3 Absatz 1 Nummer 4a – unter den darin genannten weiteren Voraussetzungen (Veröffentlichung eines die Ergebnisse der Beteiligung berücksichtigenden Planentwurfs) – anwendbar.“

Aus Sicht der Stadt Siegen wird angezweifelt, dass für Windenergiebereiche aus der Neuaufstellung des Regionalplanes - räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – die Beteiligung, die 2019 stattfand, vollständig durchgeführt wurde. Die gesetzlichen Regelungen und daraus resultierende Rechtsfolgen haben sich diesbezüglich grundlegend geändert, es besteht zu einem Windenergiebereich im Stadtgebiet Siegen, Gemarkung Obersetzen, eine kritische Stellungnahme zur Abgrenzung und es wird eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen geben, die auch das Thema der Erneuerbaren Energien neu betrachten muss. **Die Voraussetzungen gemäß der Änderung des Raumordnungsgesetzes, welches ab dem 28. September 2023 maßgeblich ist, sind somit aus Sicht der Stadt Siegen nicht erfüllt.**

Für Kommunen besteht zudem hoher Handlungsbedarf für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Landesplanerische Anfragen gemäß § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) sollten die Änderung des Raumordnungsgesetzes einpreisen, damit bereits jetzt mit der Bauleitplanung, die sich über einen längeren Zeitraum bis nach dem 28. September 2023 erstreckt, begonnen werden kann.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass das Raumordnungsgesetz rechtssicher für alle in Aufstellung befindlichen Ziele gleichermaßen angewendet wird.
2. Es wird aus Gründen der Rechtssicherheit gefordert, dass zunächst die Änderung des Raumordnungsgesetzes am 28. September 2023 in Kraft tritt.
3. Es wird zudem gefordert, dass in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung bereits jetzt bei landesplanerischen Anfragen gemäß § 34 LPlG für Wohnbaulandentwicklungen Ziele der Raumordnung darstellen, wenn die Bauleitpläne absehbar erst nach dem 28. September 2023 in Kraft treten und die Bezirksregierungen entsprechend angewiesen werden.

C. Abhängigkeiten von noch nicht in Kraft getretenen Landesgesetzen

In der Pressemitteilung zur Vorstellung der LEP-Änderungen wird die Abschaffung der 1000-Meter-Abstandsregelung gemäß BauGB-AG NRW als Konsequenz daraus bezeichnet:

„Mit diesen nun vorgelegten Änderungen des LEP schafft die Landesregierung eine unerlässliche Voraussetzung für eine breit getragene Energiewende. Als Konsequenz daraus kann auch der im Baurecht geregelte Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohngebäuden bereits jetzt aufgehoben werden.“

(Quelle: Landesregierung NRW, Pressemitteilung vom 06.06.2023, <https://www.land.nrw/pressemitteilung/landesregierung-beschliesst-entwurf-der-aenderung-des-landesentwicklungsplans>)

Es handelt sich um zwei voneinander getrennte Vorgänge. Die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung kann aus Sicht der Stadt Siegen erst erfolgen, wenn für alle Planungsregionen das Regionalplanverfahren abgeschlossen ist oder das Thema Windenergie eine verfestigte, rechtssichere Planungsreife erlangt hat. Es bestehen zudem rechtliche Zweifel, dass mit **Ziel 10.2-13** die Steuerungswirkung erreicht wird (vgl. F zu Ziel 10.2-13).

Die zeitlichen Vorgaben gemäß **Grundsatz 10.2-5** können zudem bei der Abwägung mit anderen relevanten Belangen überwunden werden. Aufgrund der unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen (vgl. F zu Grundsatz 10.2-5) besteht keine Garantie, dass alle Planungsregionen im Jahr 2024 die Beteiligung und im Jahr 2025 das Regionalplanverfahren abgeschlossen haben.

Forderungen:

1. Es wird eine Garantie gefordert, dass die in Abhängigkeit gebrachte Änderung des BauGB-AG NRW erst in Kraft tritt, wenn in allen Planungsregionen das Regionalplanverfahren abgeschlossen ist oder das Thema Windenergie eine verfestigte, rechtssichere Planungsreife erlangt hat.

D. Verfahren

Das Land NRW möchte Vorreiter sein und die Zielvorgaben des Bundes bereits 2025 erfüllen. Dies findet Zustimmung, darf aber nicht zu Verfahrensfehlern führen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) wurde zweimal mit unterschiedlichen Beteiligungszeiträumen bekannt gemacht. Mit der zweiten Bekanntmachung wird die erste aufgehoben, somit ist verfahrensrechtlich allein der zweite Beteiligungszeitraum maßgebend ([Ministerialblatt \(MBL. NRW.\), Ausgabe 2023 Nr. 22 vom 15.6.2023 Seite 549 bis 568](#)).

Bereits der erste Beteiligungszeitraum war rechtlich zu kritisieren, da mit einem Zeitraum vom

14. Juni bis zum 21. Juli 2023 der überwiegende Teil der Beteiligung, bis auf 6 Werktage zu Beginn, innerhalb der Schulferien gelegen hätte. Der zweite, maßgebliche Beteiligungszeitraum vom 23. Juni bis zum 28. Juli 2023 verschärft diese rechtlichen Bedenken, da die Beteiligung nun ausschließlich in den Schulferien liegt. Zudem wurde der Zeitraum von 38 auf 36 Tage reduziert.

Diese Art und Weise geht vor allem zu Lasten der Öffentlichkeit, die in dieser Zeit nur in Teilen erreicht werden kann. Es wird an dieser Stelle auf die einschlägige Kommentierung verwiesen, die die Auslegung in der allgemeinen Schulferienzeit äußerst kritisch bewertet und daher zu dem Ergebnis kommt, dass diese als Auslegungszeitraum ausscheiden dürfte. (Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 9 Rn. 37). Es wird beispielhaft auf die rege Beteiligung der Öffentlichkeit zur Neuaufstellung des Regionalplanes - räumlicher Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – verwiesen. Nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg sind bei diesem Verfahren ca. 4.000 private Stellungnahmen abgegeben worden.

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Kommunen am 14.06.2023 informiert und die Abgabe einer Stellungnahme bis zum 28.07.2023 erbeten. Zudem wurde auf das Beteiligungsportal NRW verwiesen, dass seit dem 14.06.2023 zur Verfügung steht, auf dem aber zunächst die aufgehobene Bekanntmachung veröffentlicht wurde.

Zudem hat die Bezirksregierung Arnsberg die Kommunen am 20.06.2023 über das Verfahren informiert und zusätzlich den Erlass „Ziele in Aufstellung“ angehängt, in dem auf einen weiteren Erlass zu Ziel 10.2-13 hingewiesen wird. Der Erlass zu 10.2.13 ist aber elementar für die Beurteilung des Zieles selbst, zumal auch die Frage zu stellen sein wird, ob die Inhalte nicht im LEP selbst zu regeln wären. Die Inhalte werden somit der Beteiligung der Öffentlichkeit entzogen. Selbst wenn der Erlass noch während des Beteiligungszeitraumes erlassen wird, stehen die Inhalte nicht während der gesamten Beteiligung den Kommunen zur Verfügung. Aus Sicht der Stadt Siegen bestehen hier erhebliche materiell-rechtliche und formell-rechtliche Bedenken.

Mit dieser Vorgehensweise wird den Städten und Gemeinden die Möglichkeit genommen, den LEP-Entwurf (LEP-E) in den kommunalen Gremien zu beraten und ihre Stellungnahme kommunalpolitisch abzustimmen. Gerade weil der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energie über das Mindestmaß hinaus auf kommunalpolitische Unterstützung angewiesen ist, trägt dies nicht zur Akzeptanz bei.

Gemäß § 3 Abs. 3 Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist die Änderung des LEP bis spätestens zum 31.05.2024 abzuschließen. Dieser Stichtag allein kann eine solche Vorgehensweise nicht begründen.

Ein Antrag auf Fristverlängerung wurde am 03.07.2023 abgelehnt. In der Antwort, also während die Beteiligung bereits mehrere Tage lief, wurde auf verfügbare Geodaten unter https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/ee/potentiale/ verwiesen. Diese sind zwar nicht Bestandteil der ausgelegten Unterlagen, **enthalten aber weitere, für die Beurteilung der LEP-Änderungen wichtige Daten**. Neben den Abgrenzungen der Potentiale mit und ohne BSN-Flächen, die zuvor auch zur Verfügung standen, steht auch eine Excel-Liste zum Download, die die Potentiale in Hektar für jede Kommune benennt. Allerdings stimmen die ausgewiesenen Potentiale nicht mit den Abgrenzungen der Geodaten, die deutlich größer sind, überein. Hier bedarf es zwingend einer Aufklärung (vgl. E).

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG sind **Ziele der Raumordnung** verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Landes- oder Regional-

planung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Sie sind von den in § 4 Abs. 1 ROG aufgeführten Adressaten zu beachten, d. h. es handelt sich um Festlegungen, die eine strikte Bindung auslösen und nicht durch Abwägung überwindbar sind. Es ist daher zu bezweifeln, dass Ziele über angekündigte Erlasse konkretisiert werden und gleichzeitig abschließend abgewogen sein können (**Ziel 10.2-13**).

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass das Verfahren rechtssicher umgesetzt wird.
2. Es wird gefordert, dass Ziele der Raumordnung abschließend abgewogen sind.
3. Es wird gefordert, dass Regelungen nicht über Erlasse, sondern in den Erläuterungen im Landesentwicklungsplan konkretisiert werden.
4. Es wird gefordert, dass für die Beurteilung erforderliche Unterlagen gebündelt an einem Ort zur Verfügung gestellt werden.

E. Flächenanalyse Wind

Die Flächenanalyse Wind stellt die Grundlage für die ermittelten Potenziale dar und somit auch für die Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP) zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es wird kritisiert, dass diese sehr umfangreiche Flächenanalyse erst mit der Beteiligung zur Änderung des LEP - und dies auch nicht in Gänze - zur Verfügung gestellt wurde. Die Ergebnisse des Zwischenberichtes vom 07.03.2023 wurden allesamt bestätigt, so dass diese Vorgehensweise nicht nachvollzogen werden kann.

Aber auch mit Veröffentlichung des Berichtes gibt es Punkte, die zu kritisieren sind. Die Daten wurden nicht während des gesamten Beteiligungszeitraums zum Download und zur Verwendung in eigenen GIS-Systemen zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Analyse dieser grundlegenden Daten in unnötiger Weise erschwert. Auch weicht die Darstellung der Planungskarte Wind im Energieatlas von den Darstellungen des Abschlussberichtes ab. So werden beispielsweise die Flächenpotenziale online nur für ganz NRW und nicht wie im Bericht für jeden Kreis dargestellt. Der Bericht sieht zudem keine genaue Flächenangabe, sondern nur eine Flächenspanne beispielsweise für den Kreis Siegen-Wittgenstein von 1.000 bis 5.000 ha vor. Das Potenzial bewegt sich bei einer Fläche des Kreisgebietes von 113.300 ha folglich zwischen weniger als einem Prozent und 4,4 %. Die Einteilung in solche Cluster scheint mehr als fraglich.

Vor diesem Hintergrund ist die spätere Darstellung von Windenergiebereichen gemäß **Ziel 10.2-2** im Regionalplan hinsichtlich der Verteilung in der Planungsregion inhaltlich nur unzureichend zu beurteilen. Auch ist die Betroffenheit von **Grundsatz 10.2-11** nicht zweifelsfrei zu klären.

Zudem definiert die Flächenanalyse den planungsrechtlichen Innenbereich über die landesweite Datengrundlage „AX_Ortslage“ des Basis DLM (Abschlussbericht, Kapitel 3.1, Seite 19 ff). Diese enthält allein im Stadtgebiet Siegen **mindestens fünf Fehler**, von denen vier Auswirkungen auf die Potenzialermittlung haben, da keine Überlagerung von anderen Ausschlusskriterien vorliegt, bzw. Potentialflächen vorliegen. Aufgrund der kurzen Beteiligungsdauer ist eine abschließende Analyse nicht möglich.

Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf Ziel **10.2-13**, da der Regionalplan-Entwurf zur Neuaufstellung des räumlichen Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein sich auf die gleiche Datengrundlage stützt. Die Abgrenzung des Innenbereiches kann nur verläss-

lich durch die Kommunen ermittelt werden und selbst dann bestehen aufgrund diverser Rechtsprechungen Unwägbarkeiten. Es wird kritisiert, dass die Kommunen hieran nicht beteiligt wurden. Somit ist völlig unklar, wie belastbar die Flächenanalyse tatsächlich ist. Hinsichtlich der Ermittlung der Abstände zur Wohnbebauung werden erhebliche Bedenken geäußert.

Wie unter Punkt D erläutert, wurde am 03.07.2023 in einem Antwortschreiben des NRW-Wirtschaftsministerium auf

https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/ee/potentiale/ verwiesen. Die dort verfügbaren Daten sind nicht konsistent, wie die folgenden Tabellen zeigen.

NRW

Quelle	Potentiale ohne BSN-Flächen	Potentiale mit BSN-Flächen
Excel-Liste (opendata nrw, Bericht LANUV)	106.802 ha	126.249 ha
Shape-Dateien (opendata nrw, Geoportal NRW, per Mail vom LANUV)	127.461 ha	153.008 ha

Siegen

Quelle	Potentiale ohne BSN-Flächen	Potentiale mit BSN-Flächen
Excel-Liste (opendata nrw)	221 ha	272 ha
Shape-Dateien (opendata nrw, Geoportal NRW, per Mail vom LANUV)	314 ha	388 ha

Die Shape-Dateien stellen deutliche größere Potentiale als der LANUV-Bericht dar. Durch diese starken Abweichungen ist zum einen eine seriöse Beurteilung der Flächenanalyse Wind nicht möglich und erschwert zum anderen unnötiger Weise die Beurteilung der später im Regionalplannentwurf dargestellten Windenergiebereiche.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass den Kommunen ausreichend Zeit für eine abschließende Analyse der Flächenanalyse Wind eingeräumt wird.
2. Es wird gefordert, dass die zur Verfügung gestellten Daten konsistent sind und eine sachgerechte Analyse ermöglichen.
3. Es wird gefordert, dass die Flächenpotenziale in Form von Hektarangaben für jede Kommune eindeutig benannt werden.
4. Es wird gefordert, dass fehlerhafte Einstufungen zum planungsrechtlichen Innenbereich, die durch die Kommunen per Stellungnahme im LEP-Änderungsverfahren eingebracht werden, korrigiert und die Potenziale daraufhin aktualisiert werden (die bekannten Fehler sind als Anlagen beigefügt).

F. Änderungen zur Windenergie

Zu Ziel 10.2-3 Unvereinbarkeit von Höhenbeschränkungen mit Windenergiebereichen

Diese Regelung ist überflüssig. Nach § 4 Abs. 1 WindBG sind Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen.

Die regionalplanerischen Windenergiegebiete werden nach diesem Stichtag festgelegt und eine Bestimmung zur Höhe der baulichen Anlagen scheidet somit aus. Eine Regelung im LEP ist somit nicht erforderlich.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass Ziel 10.2-3 ersatzlos gestrichen wird.**

Zu Grundsatz 10.2-5 Landes- und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen

Mit dieser Regelung wird unmittelbar zeitlicher Druck auf die Bezirksregierungen ausgeübt und lässt die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen außer Acht.

Im Regierungsbezirk Arnsberg wird seit 2018 der Regionalplan – räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – neu aufgestellt, in den die Umsetzung zum Ausbau der erneuerbaren Energien nach den neuen gesetzlichen Regelungen integriert werden soll. Dies bedeutet, dass das Kapitel 8 des Regionalplanentwurfes insgesamt einen neuen Betrachtungshorizont bekommt. Hier wurden im Rahmen der Beteiligung teils sehr kritische Stellungnahmen vorgebracht und es ist bis heute unklar, wie diese im Entwurf Eingang finden können oder sollen und aus Sicht der Kommunen müssen. Es liegen nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg 111 Stellungnahmen von Verfahrensbeteiligten zu ca. 4.000 Teilaspekten sowie ca. 4.000 Stellungnahmen der Öffentlichkeit vor.

Mit der kompletten Neuausrichtung zu den Themen der erneuerbaren Energien und auch der Zugrundelegung neuer Siedlungsbedarfe ist davon auszugehen, dass hierdurch der Entwurf des Regionalplanes einer eingehenden Überarbeitung bedarf und damit die Stellungnahmen nur zum Teil ihre Gültigkeit behalten. Dies wird vermutlich erhebliche Auswirkungen auf die Abstimmungen mit den Kommunen haben und damit auf die zeitliche Umsetzung des Verfahrens.

Grundsätzlich hat das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) Stichtage und somit eine zeitliche Vorgabe gesetzt. Eine schnellere Umsetzung ist wünschenswert, sollte aber nicht erzwungen werden.

Der Grundsatz bezieht sich auf das Kapitel zur Energieversorgung und kann daher auch nur zu diesen Inhalten zeitliche Vorgaben machen. Es wird bezweifelt, dass daraus rechtssicher zeitliche Vorgaben für andere Themenfelder oder gar eine komplette Neuaufstellung abgeleitet werden können. Um das zeitliche Ziel nicht zu gefährden, sollte das Kapitel Energieversorgung in einen Teil-Regionalplan ausgelagert werden. Auch das Thema der Rechtsunsicherheit könnte dadurch minimiert werden, da ansonsten wegen einer Vielzahl von Themenfeldern eine rechtliche Überprüfung angestrebt werden kann.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass Grundsatz 10.2-5 die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen berücksichtigt und kein zeitlicher Umsetzungsdruck über den Landesentwicklungsplan ausgeübt wird, der die Rechtssicherheit gefährdet.**

2. **Es wird gefordert, klarzustellen, dass Grundsatz 10.2-5 nur auf Änderungen oder räumliche und sachliche Teil-Regionalpläne zu Inhalten zu Kapitel 10 LEP Anwendung finden kann.**

Zu Grundsatz 10.2-9 Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen

Es ist zu kritisieren, dass in den sechs Planungsregionen die Kriterien für die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen unterschiedlich ausfallen können. Aufgrund der Rechtsfolgen durch das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) wird darüber konkretes Baurecht für Windenergieanlagen begründet. Gerade im Hinblick auf bestehende Windenergiestandorte, für die Baurecht besteht, werden bei deren Nichtberücksichtigung rechtliche Bedenken geäußert.

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass durch unterschiedliche Kriterien für die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunale Windenergieplanungen keine Rechtsunsicherheiten entstehen.**

Zu Ziel 10.2-10 Monitoring der Windenergiebereiche

Laut der Bezirksregierung Arnsberg liegt dem Regionalplan ein Planungshorizont von ca. 20 bis 25 Jahren zu Grunde. Grundsätzlich wird die Erforderlichkeit gesehen, diesen Planungshorizont in Bezug auf das aktuelle Thema zu reduzieren.

In der Konsequenz bedeutet Ziel 10.2-10 jedoch, dass dieses Thema ständig diskutiert werden muss. Dies verlangt den Einsatz von Personalressourcen auf allen Seiten. Es wird zudem bezweifelt, dass in Abständen von 5 Jahren grundlegend neue Erkenntnisse bestehen, die diese zeitliche Abfolge erfordern. Auch im Hinblick auf die Verlässlichkeit und Planbarkeit ist diese Regelung auf Ebene der Regionalplanung zu kritisieren und widerspricht dem formulierten Ziel einer langfristigen Sicherung.

Es bleibt unklar, wie Ziel 10.2-10 inhaltlich gemeint ist. Die Überprüfung erfolgt hinsichtlich der technischen Entwicklungen und der Ausnutzbarkeit zur Energieerzeugung. Die Beurteilung von nach Ziel 10.2.10 ungeeigneten Flächen muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass durch die Ausweisung von Windenergiebereichen und der damit verbundenen Rechtsfolgen konkretes Baurecht begründet wird (Zulässigkeit gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB). Die Streichung von nach Ziel 10.2.10 ungeeigneten Flächen muss rechtssicher sein und kann daher keine Flächen betreffen, die (nur) weniger gut geeignet sind. Aufgrund der Interpretationsmöglichkeiten wird das Ziel den formalen Ansprüchen nicht gerecht (Endabgewogenheit).

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass Ziel 10.2-10 in Grundsatz 10.2-10 geändert wird**
2. **Es wird gefordert, dass der Fortschreibungszyklus für die Darstellung von Windenergiebereichen in Regionalplänen auf mindestens 10 Jahre erhöht wird.**
3. **Es wird gefordert, dass die Streichung von Windenergiebereichen in Regionalplänen rechtssicher ist.**

Zu Grundsatz 10.2-11 Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen

Bei der regionalplanerischen Festlegung von Windenergiebereichen sind die Belange der betroffenen Kommunen besonders in den Blick zu nehmen. Es überrascht, dass in den Erläuterungen die Belange betroffener Kommunen darauf reduziert werden, dass in einzelnen Kommunen nicht mehr als 15 % ihrer Fläche als regionalplanerische Windenergiebereiche dargestellt werden sollen.

Zwar ist grundsätzlich eine Obergrenze zu begrüßen. Es muss jedoch in Frage gestellt werden, ob damit den zu schützenden Belangen einer Kommune insgesamt Rechnung getragen werden kann, wie es die Formulierung vorsieht. Allein eine Beurteilung anhand des Verhältnisses der Windenergiebereiche, gemessen an der Gemeindefläche, stellt nur ein Kriterium dar. Unter „3.9 Sonstiges“ der Flächenanalyse Windenergie wird diese Obergrenze näher erläutert (Seite 46) und vor allem die Vermeidung der Umzingelungen von Ortslagen angeführt. Diese kann jedoch nicht durch die Verhältnisvorgabe der Windenergiebereiche zur Gemeindefläche vermieden werden, **sondern vor allem durch andere Kriterien wie ihrer Lage, Häufung und/oder Streuung**. Auch kann eine Umzingelung durch Darstellungen von Windenergiebereichen in den Nachbarkommunen erfolgen, was mit Grundsatz 10.2-11 gänzlich ohne Betrachtung bleibt und deutlich zu kritisieren ist.

Weiterhin wird darauf abgestellt, dass der Wert von max. 15 % der jeweiligen Gemeindefläche auch deshalb festgelegt werden soll, weil dies in etwa **den größten Flächenanteilen** entspricht, die Gemeinden in NRW bislang tatsächlich planerisch für die Windenergienutzung gesichert haben. Dies allein stellt kein sachlich begründetes Argument dar. Die Planungsvoraussetzungen der Kommunen können stark voneinander abweichen, was unmittelbar Auswirkungen auf die Flächenanteile haben kann, die der Windenergie überhaupt zur Verfügung gestellt werden können. Die Belange der betroffenen Kommunen lediglich mit einem Höchstwert zu berücksichtigen, ist daher unangemessen.

Es wird zudem kritisiert, dass die Flächenanalyse Wind vom LANUV die Potenziale der einzelnen Kommunen nicht benennt und somit die Betroffenheit von dieser Regelung nicht zweifelsfrei geklärt werden kann. Es kann damit auch nicht beurteilt werden, ob diese Regelung wirklich Belange von Kommunen in den Blick nimmt oder nur auf dem Papier existiert.

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass die Schutzkriterien für die Belange der betroffenen Kommunen deutlich weitergefasst werden und auch Aspekte wie Lage, Häufung und/oder Streuung umfassen.**
2. **Es wird gefordert, dass die Umzingelungswirkung in den Erläuterungen zu Grundsatz 10.2-11 aufgenommen wird und nicht nur auf die jeweilige Kommune bezogen wird.**
3. **Es wird gefordert, dass dargelegt wird, auf wie viele Kommunen dieser Grundsatz Anwendung findet.**

Zu Ziel 10.2-12 Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten

Diese Regelung wird ausdrücklich aufgrund des Mangels an Gewerbeflächen begrüßt, so dass diese Flächen in erster Linie gewerblich entwickelt werden können.

Zu Ziel 10.2-13 Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum

Es wird auf die Ausführungen unter Punkt B, D und E verwiesen. Diese Übergangsregelung ist von besonderer Bedeutung, da parallel die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung aus dem Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW (BauGB-AG NRW) als Konsequenz der LEP-Änderung damit einhergehen soll. Die Regelung wurde im BauGB-AG NRW erst am 15.07.2021 eingeführt, am 01.06.2022 geändert und soll nun abgeschafft werden. Aus Gründen der Planbarkeit und auch der Verlässlichkeit ist dies zu kritisieren.

Es wird rechtlich bezweifelt, dass die Übergangsregelung die Steuerungswirkung erzielen wird. Die Erläuterungen besagen, dass ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der unter die Regelung von Ziel 10.2-13 fallenden Flächen (nur) im begründeten Einzelfall jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 des Raumordnungsgesetzes, § 36 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen) begegnet werden soll. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass im Regelfall ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der unter die Regelung von Ziel 10.2-13 fallenden Flächen möglich ist. Dies läuft dem eigentlichen Steuerungsziel zuwider. Hierzu bedarf es weiterer Erläuterungen im LEP, was ein begründeter Einzelfall sein soll und welche Maßnahmen gemeint sind, da ansonsten das Ziel nicht abschließend beurteilt werden kann. Dies wird durch die Rechtsprechung jedoch verlangt. Landesplanerische Aussagen, die eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, können danach die Merkmale eines Ziels der Raumordnung erfüllen, wenn der Planungsträger neben den Regel- auch die Ausnahmenvoraussetzungen mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit festlegt (vgl. BVerwGE 119, 54; BayVGH DVBl 2005, 80).

Es wird beanstandet, dass die Landesplanungsbehörde weitere Einzelheiten mit gesondertem Erlass regeln wird, was den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichtes nicht entspricht. Ohne Kenntnis der Inhalte können die Auswirkungen nicht beurteilt werden. Zudem ist fraglich, ob damit das Ziel 10.2-13 abschließend abgewogen sein kann. Dem für eine Zielfestlegung charakteristischen Erfordernis abschließender Abwägung ist genügt, wenn die Planaussage auf der landesplanerischen Ebene keiner Ergänzung mehr bedarf.

Wie unter Punkt B erläutert, wird die auf der Internetseite des MWIKE veröffentlichte Karte mit der Darstellung von Flächen für den Übergangszeitraum kritisiert.

Die Karte stellt in Siegen einen Windenergiebereich in Obersetzen aus dem in Aufstellung befindlichen Regionalplanentwurf dar. Da die Abstandsermittlung an dieser Stelle auf einer fehlerhaften Ermittlung des Innenbereiches fußt, hat dies zur Folge, dass der Windenergiebereich nicht den eigenen Abstandsvorgaben des Regionalplanentwurfes entspricht. Dadurch entsteht eine Ungleichbehandlung von Kommunen, was im Hinblick auf die Rechtsfolgen, die konkretes Bau-recht begründen (Zulässigkeit von Windkraftanlagen gemäß § 35 (1) BauGB), rechtlich zu beanstanden ist.

Es ist folglich zu hinterfragen, ob die Festlegung der Fläche in seiner dargestellten Abmessung als Windenergiebereich tatsächlich zu erwarten ist, da die Stadt zu der Abgrenzung der Fläche eine kritische Stellungnahme im Rahmen des Regionalplanes abgegeben hat. Zudem haben sich die rechtlichen Regelungen und damit verbundene Rechtsfolgen grundlegend verändert und das Thema der Windenergie wird bei der erneuten Offenlage neu zu bewerten sein.

Auch widerspricht die Karte zur Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum der wirksamen 28. FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung) und verstößt damit gegen Ortsrecht.

Grundsätzlich bestehen gegen den Windenergiebereich in Obersetzen, bzw. wenn die Abgrenzung auf den planungsrechtlichen Innenbereich gemäß § 34 BauGB abgestimmt wird, keine Bedenken.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass die Landesregierung eine rechtssichere Übergangsregelung vorlegt, die die Steuerungswirkung erzielt.
2. Es wird gefordert, dass ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der vorbezeichneten Gebiete im Regelfall nicht erfolgen kann.
3. Es wird gefordert, dass die Abstandsermittlungen zu Windenergiebereichen sich auf den tatsächlichen planungsrechtlichen Innenbereich gemäß § 34 BauGB beziehen.
4. Es wird gefordert, dass unter Ziel 10.2-13 fallende Flächen nicht gegen Ortsrecht, insbesondere eine wirksame FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung), verstoßen.
5. Es wird gefordert, dass für Windenergiebereiche für die Übergangszeit gleiche Maßstäbe, wie es das Konzept zur Aufstellung des Regionalplanes vorgibt, eingehalten werden.
6. Es wird gefordert, dass mindestens die Fläche im Stadtgebiet Siegen, Gemarkung Obersetzen, in der veröffentlichten Karte zur Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum korrigiert wird, besser aber die Veröffentlichung eingestellt wird, da die Flächen der Regionalplan-Neuaufstellung den Anforderungen des geänderten Raumordnungsgesetzes nicht entsprechen und die Frage, ob für einen Windenergiebereich die Beteiligung vollständig durchgeführt wurde, nur im jeweiligen Einzelfall beurteilt werden kann.

G. Änderungen zur Solarenergie

Grundsätzlich besteht für das Themenfeld der Solarenergie für die Kommunen mehr Möglichkeiten, den Ausbau zu gestalten und zu steuern. Dies wird ausdrücklich begrüßt.

Durch die Teilprivilegierung des § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB für Freiflächen bis zu einer Entfernung von bis zu 200 m entlang von Autobahnen oder Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes mit mindestens zwei Hauptgleisen stehen Teilräume im Außenbereich auch ohne Bebauungsplanung für die Solarenergie zur Verfügung. Durch das Bebauungsplan-Erfordernis darüber hinaus können Kommunen den weiteren Ausbau sinnvoll steuern und alle öffentlichen Belange gegeneinander abwägen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

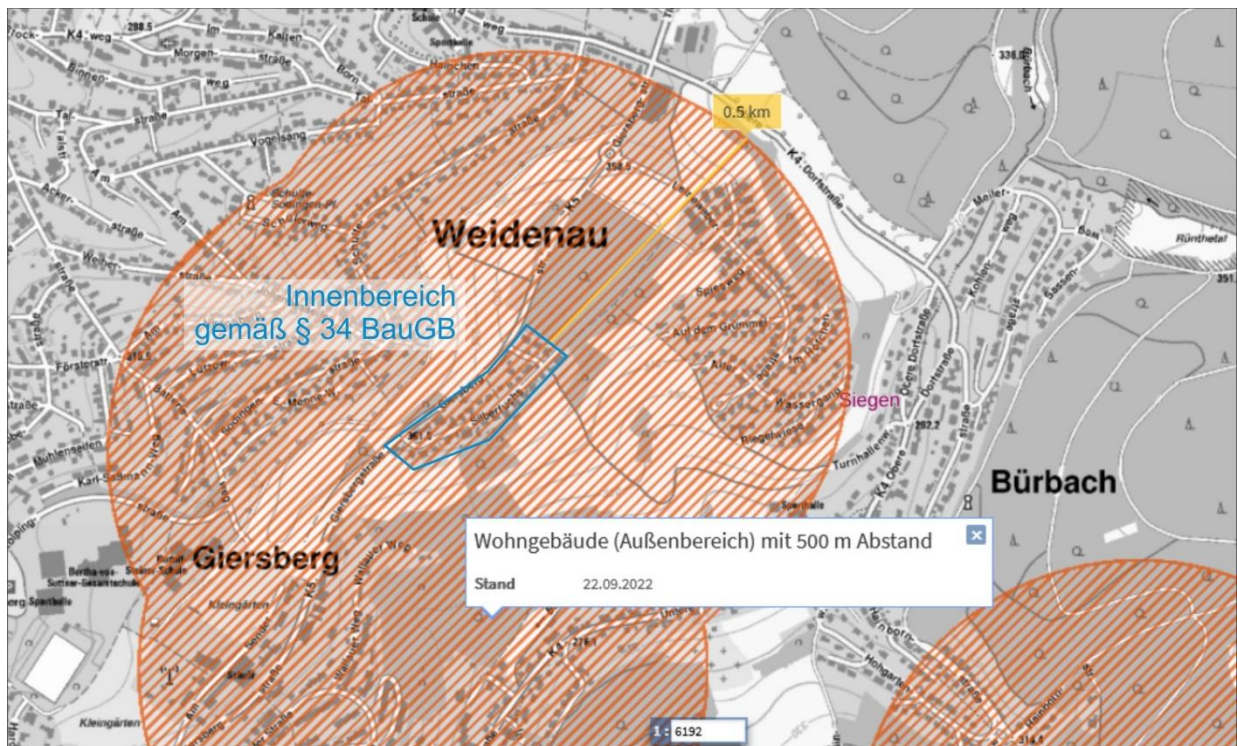


Henrik Schumann
Stadtbaurat

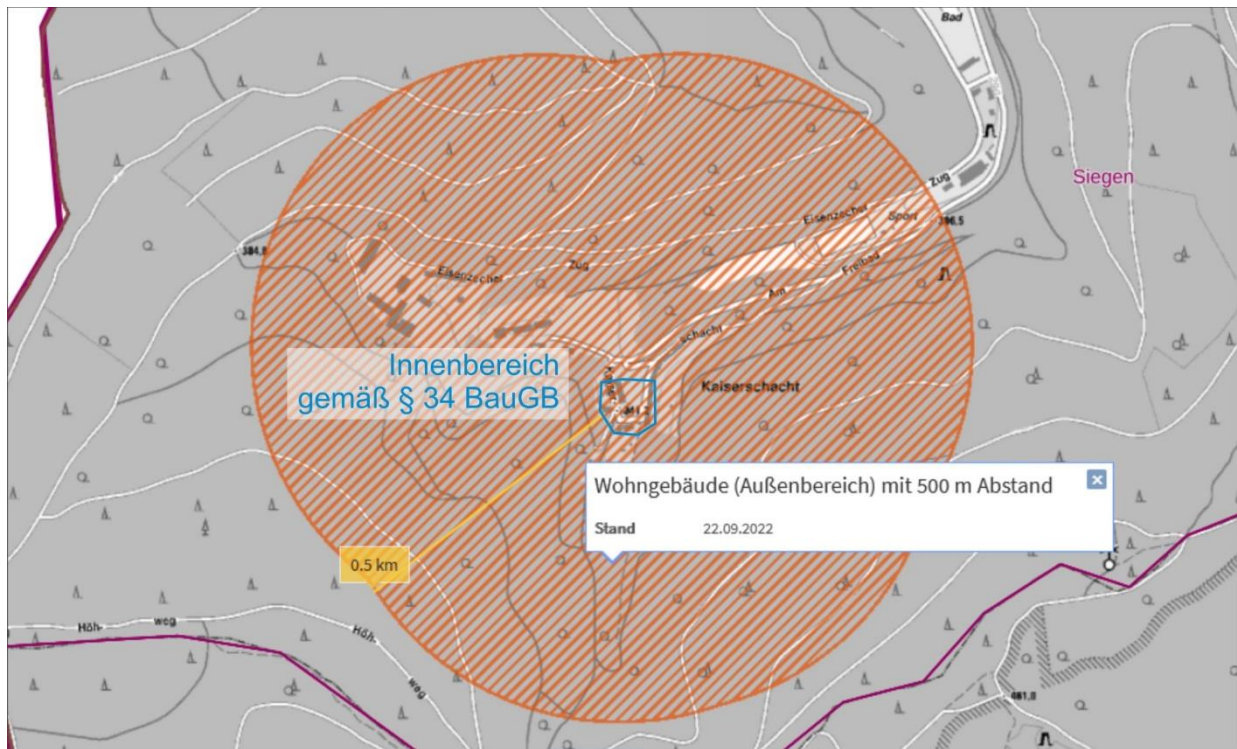
Anlagen

1. Fehlerhafte Ermittlung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
 - a. Gemarkung Bürbach
 - b. Gemarkung Eiserfeld
 - c. Feuersbach
 - d. Gemarkung Obersetzen
2. Fehlerhafte Ermittlung der Wohnnutzung gemäß § 30 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
 - a. Gemarkung Feuersbach

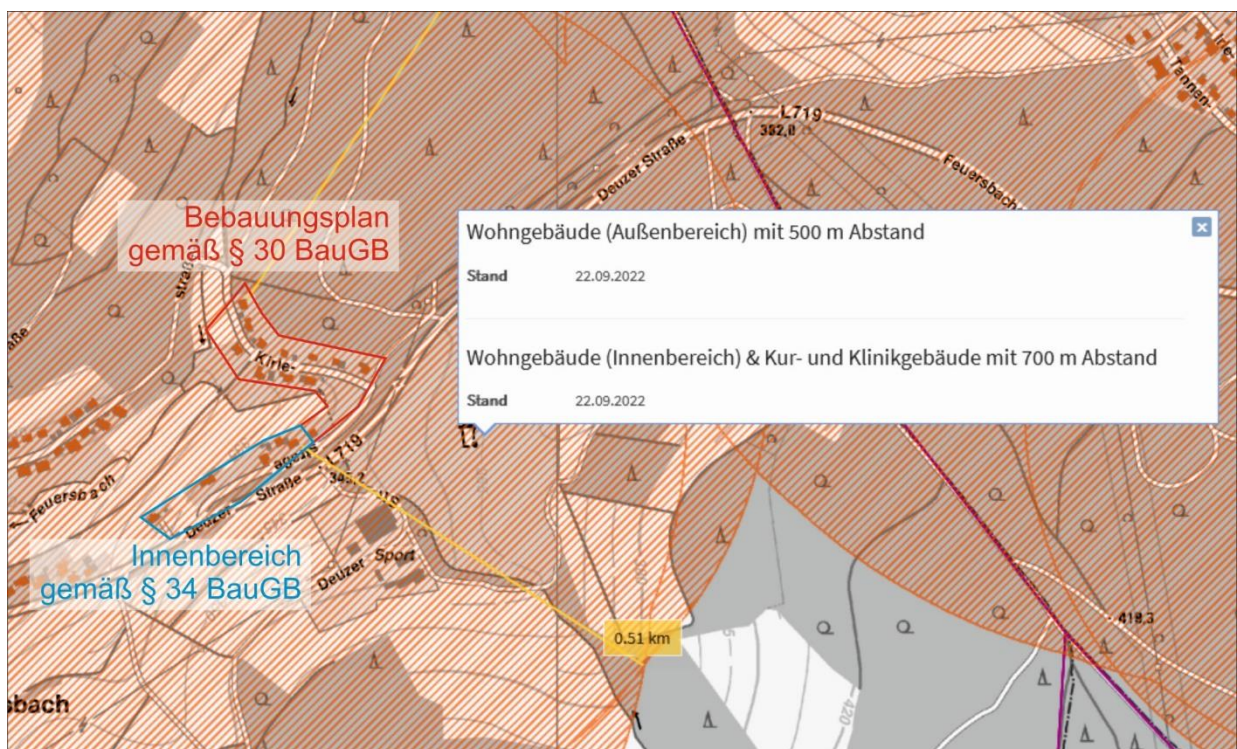
1. Fehlerhafte Ermittlung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
 - a. **Gemarkung Bürbach**



Satzung gemäß § 34 BauGB.

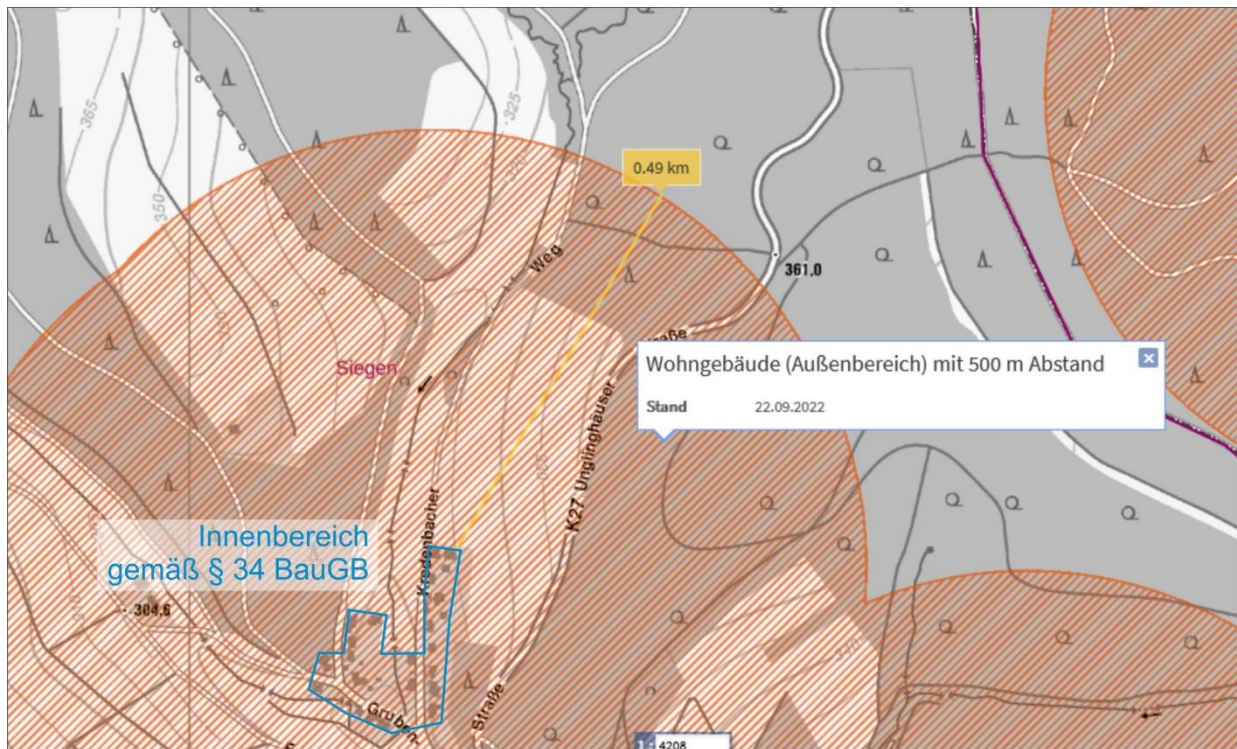
b. Gemarkung Eiserfeld

Satzung gemäß § 34 BauGB.

c. Gemarkung Feuersbach

Satzung gemäß § 34 BauGB

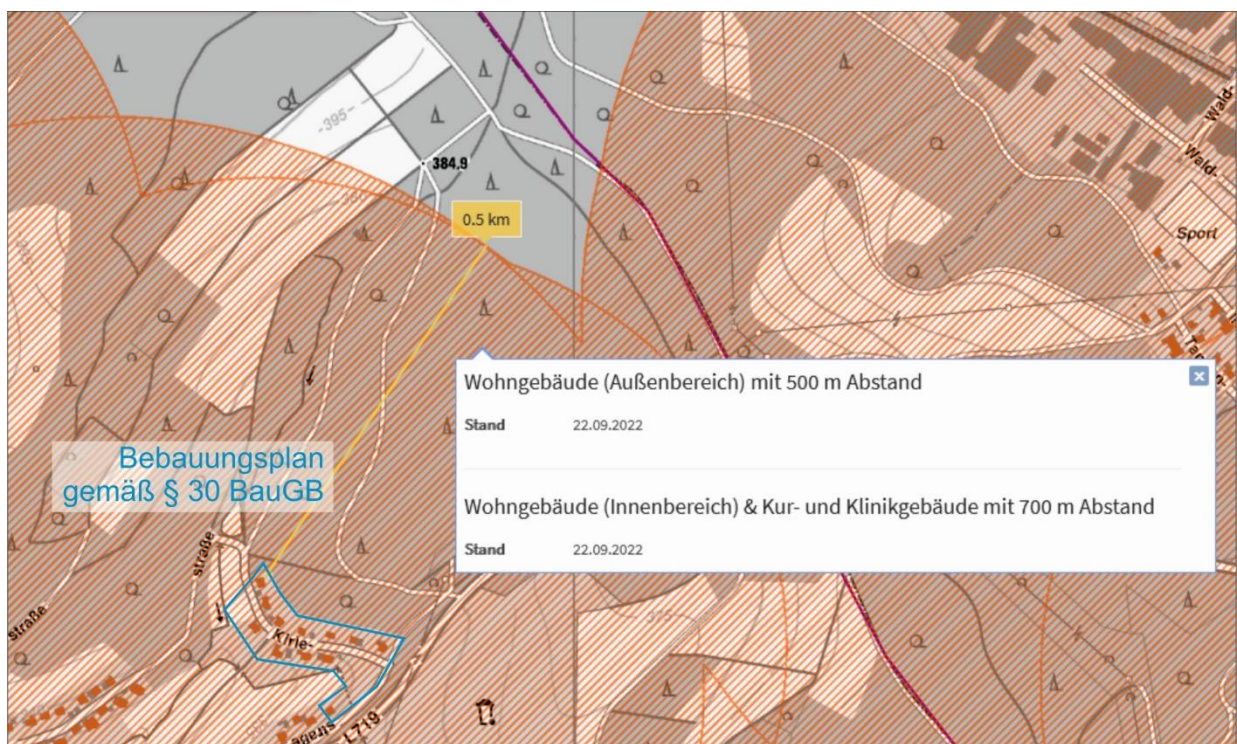
d. Gemarkung Übersetzen



Satzung gemäß § 34 BauGB.

2. Fehlerhafte Ermittlung der Wohnnutzung gemäß § 30 BauGB und der daraus ermittelten Abstände

a. Gemarkung Feuersbach



Der Bebauungsplan weist ein allgemeines Wohngebiet (WA) aus.